Arbeitsbeschaffung und Siedlung

Eine wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung

(Teildruck)

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Ludwig Grünbaum

Diplomvolkswirt
aus Eisenach

Tag der Promotion: 13. 7. 1934

Tag der mündlichen Prüfung: 24. 2. 1934

Dr. Emil Ebering, Berlin NW 7, Mittelstraße 29.

423

Referenten: Prof. Dr. C. v. Dietze
Prof. Dr. I. Jastrow

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät ist hier nur der erste Teil der eingereichten Arbeit als Dissertation gedruckt. Die vollständige Abhandlung erscheint im Verlage von Dr. Emil Ebering in Berlin als Heft der „Volkswirtschaftlichen Studien".

Herrn Rudolf Löb, Berlin,
in Verehrung und Dankbarkeit.

Lebenslauf.

Ich bin am 24. Dezember 1898 zu Eisenach als Sohn des Webwareneinzelhändlers Arnold Grünbaum und seiner Frau Philippine, geborene Stettauer, geboren und habe das dortige humanistische Karl-Friedrich-Gymnasium bis zur Notreifeprüfung, die ich am 4. November 1916 ablegte, besucht. Von da ab nahm ich am Kriege als Frontkämpfer in Frankreich und Palästina teil und geriet dort im Oktober 1918 in englische Kriegsgefangenschaft, die mich bis November 1919 in Ägypten festhielt. Ich habe vom Kriege infolge Erkrankungen an Malaria und Paratyphus eine Gehörsminderung zurückbehalten.

1917 ließ ich mich an der Technischen Hochschule in München einschreiben, konnte jedoch nach der Heimkehr das ordentliche Studium aus finanziellen Gründen nicht aufnehmen, sondern arbeitete in den Jahren 1920 bis 1928 in der Papiergroßhandlung Emil J. Löwestein, dem Bankhaus A. E. Wassermann und der Ein- und Ausfuhrfirma Arthur Calamaro, sämtlich Berlin, und hörte daneben Vorlesungen an der hiesigen Universität und Handelshochschule; privatim betrieb ich philosophische und wirtschaftswissenschaftliche Studien.

Vom Sommersemster 1928 ab wandte ich mich ganz dem Studium der Wirtschaftswissenschaften an der hiesigen Universität zu und bestand am 5. Juni 1931 die Diplomprüfung für Volkswirte „mit Auszeichnung (1)". Am 24. Februar 1934 bestand ich die Promotionsprüfung zum Dr. rer. pol. „summa cum laude".

Inhalt und Gliederung.

Seite

Erster Teil: Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung.

Erster Abschnitt: Historische Betrachtung.

1. Kapitel: Arbeitslosigkeit und Staatseingriffe 3

§ 1. a) auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes:

§ 2. 1. Nominallohnkürzung 4

§ 3. 2. Arbeitsstreckung 6

a) ohne Lohnausgleich

b) Ausgleich durch Nebenberufssiedlung

§ 4. b) auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes 7

1. mittelbare Arbeitsbeschaffung

2. unmittelbare Arbeitsbeschaffung

2. Kapitel: Beispiele mittelbarer Arbeitsbeschaffung 7

§ 5. a) Großbritannien

§ 6. b) USA ab 1929 10

§ 7. c) Der Papenplan 14

1. Die Steuerrückvergütung

§ 8. 2. Die Einstellungsprämie 15

§ 9. 3. Versagen der psychologischen Zündung 16

§ 10. 4. Die Entwicklung 17

a) der Einstellungsprämien

§ 11. b) der Steuerrückvergütungen

§ 12. c) der Steuergutscheinaktien überhaupt 18

§ 13. d) Nachweis, daß Kreditschöpfung Unternehmersubventionierung 19

3. Kapitel: Beispiele unmittelbarer Arbeitsbeschaffung 20

§ 14. a) Großbritannien

§ 15. b) USA seit Roosevelts Amtsantritt 21

4. Kapitel: Vereinigung mittelbarer und unmittelbarer Arbeitsbeschaffung, als Beispiel die deutsche Arbeitsschlacht von 1933 . . . 22

§ 16. a) Die unmittelbare Arbeitsbeschaffung

§ 17. b) Die mittelbare Arbeitsbeschaffung 24

1. Kostensenkung

a) Senkung der Zinsen und Soziallasten 25

b) Steuersenkung 26

Seite

§ 18. 2. Erlössteigerung
a) allgemein: Kartellgesetze
b) Förderung des Erzeugungsgüterbereichs . . . 27
I. Förderung der Neuerrichtung von Unternehmen und der Ersatzbeschaffung von Anlagerealkapital
II. Förderung des Baugewerbes
III. Förderung der Maschinenindustrie 28
§ 19. c) Förderung des Verbrauchsgüterbereichs
I. durch jede Erhöhung der Lohnsumme
II. durch Erhöhung der Arbeitsintensität . . . 29
III. Förderung der Landwirtschaft
IV. Förderung der Kraftwagenindustrie . . . 30
V. Förderung der Hersteller von Kleidung, Wäsche und Hausrat
§ 20. c) Überblick und Auswirkungen 31
1. Die noch verfügbaren Mittel
§ 21. 2. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt 32

Zweiter Abschnitt: Analystische Betrachtung.

1. Kapitel: Die drei Auffassungen vom Sinn der Arbeitsbeschaffung 34
§ 22. a) Arbeitsbeschaffung: Beschaffung wirtschaftlich sinnvoller Arbeit . . . . . .
§ 23. b) Die drei möglichen Auffassungen: 35
1. Arbeitsbeschaffung als Notstandsmaßnahme
2. Arbeitsbeschaffung als Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit
3. Arbeitsbeschaffung als Bekämpfung konjunktureller Arbeitslosigkeit

2. Kapitel: Das Versagen der Selbststeuerung der Wirtschaft 36
§ 24. a) Die Kompensation in der geschlossenen Volkswirtschaft
1. Unmittelbare Freisetzung in der Rationalisierungsstufe
§ 25. 2. Die Verwendung der Rationalisierungsrente . . . 37
a) Hortung — Arbeitsentgelt — Verbrauchsgüterkauf
b) Investition
§ 26. I. Gleichgewicht nach Investierung 38
aa) Gelingen der Kompensation
§ 27. bb) Reibungsfreisetzung 40
§ 28. II. Übergangsproblem 41
aa) Gleichgewicht der Vorstufen bei Dauererhöhung der Ersparnisse
§ 29. bb) Notwendigkeit progressiver Erhöhung der Ersparnisse wegen wachsender Reibungsfreisetzung 42

Seite

§ 30. b) Die Kompensation in der offenen Volkswirtschaft . . 43
1. Mittelbare Subsistenzmittelversorgung
§ 31. 2. Schrumpfung des Außenhandels zwangsläufig . . 44
a) im Rohstoffland: Industrialisierung
§ 32. b) im Industrieland: 45
I. Verschlechterung der Tauschlage
§ 33. II. Schrumpfung des Tauschumfangs
§ 34. c) Zunahme der horizontalen Arbeitsteilung? . . . 46
I. Empirischer Beweis nicht schlüssig
§ 35. II. Theoretische Widerlegung 48
§ 36. d) Wanderungshemmungen 50
§ 37. 3. Kriegsschulden
§ 38. c) Die Selbstverschärfung der Arbeitslosigkeit 51
1. Erstarrung des Wettbewerbs
2. Starrheit von Löhnen und Preisen
§ 39. 3. Die Zinsanomalie 52
§ 40. 4. Wagnisaufschlag wegen Unruhegefahr 53
5. Arbeitslosigkeit und Kapitalismus

3. Kapitel: Die Produktivität der Arbeitsbeschaffung 54

§ 41. a) Produktivität und Verteilung
§ 42. b) Produktivität und Tauschwert 56
§ 42a. c) Ergänzungen und Folgerungen 57

4. Kapitel: Arbeitsbeschaffung als Bekämpfung konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit 61

§ 43. a) Einebnung der Konjunktur?
§ 43a. b) Ersatz der Privatinitiative?
§ 44. c) Ankurbelung der Unternehmungslust 62
1. herrschende Ansicht
§ 45. 2. Notwendigkeit der Ankurbelung 63
§ 46. 3. Psychologische Zündung unsicher 66
§ 47. 4. Ankurbelungserfolg wirkungslos auf strukturelle Arbeitslosigkeit
§ 48. d) Arbeitsbeschaffung soll durch die Schaffung von Arbeitsstellen für die strukturell Arbeitslosen die konjunkturelle Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Zusammenfassung der Gesamtarbeit 68

Schrifttum 71

Erklärung der Abkürzungen.

AiK = Archiv für innere Kolonisation. Berlin.
AS = Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Tübingen.
BBZ = Berliner Börsenzeitung.
BT = Berliner Tageblatt.
BüL = Berichte über Landwirtschaft. Berlin.
Conrads Jb = Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Jena.
DAP = Deutsche Agrarpolitik. Sammelwerk. Herausgegeben von der Friedrich-List-Gesellschaft. 3 Bände. Berlin 1932.
DAZ = Deutsche Allgemeine Zeitung. Berlin.
DLW = Die Deutsche Landwirtschaft. Sonderheft 50 der BüL, herausgegeben von S e r i n g. Berlin 1932.
DV = Der Deutsche Volkswirt. Berlin.
EcJ = Economic Journal. London.
Enquête-Ausschuß = Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Berlin.
FZ = Frankfurter Zeitung. Reichsausgabe. Frankfurt/Main.
JKV = Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung. Berlin.
JKW = Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung. Berlin.
Oeynhausen = Agrarkonferenz der Friedrich-List-Gesellschaft, Oeynhausen 1933 (nicht im Buchhandel). Protokolle der mündlichen Verhandlungen und Gutachten. 4 Bände.
RGB = Reichs-Gesetzblatt, Teil I. Berlin.
Schmollers Jb = Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. München und Leipzig.
SVSp = Schriften des Vereins für Sozialpolitik. München und Leipzig.
StJ = Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin.
WA = Weltwirtschaftliches Archiv. Jena.
WD = Wirtschaftsdienst. Hamburg.
WSt = Wirtschaft und Statistik. Berlin.

Die S e i t e n z a h l ist jeweils an letzter Stelle des Zitats unmittelbar hinter einem Komma angegeben. Es bedeutet also z. B.: FZ 23. 7. 33, 5 „Reichsausgabe der Frankfurter Zeitung vom 23. Juli 1933, Seite 5".

Vorwort.

Der Schwerpunkt vorliegender Untersuchung liegt in der Erörterung des Investitionsproblems, und nicht des Aufbringungsproblems der Arbeitsbeschaffung, wie sich schon äußerlich aus dem geringen Umfang des dritten Teils der Arbeit ergibt. Das folgt daraus, daß für uns die Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit im Vordergrunde steht, während man sich früher meist mit der Beseitigung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit, durch Ankurbelung des Aufschwungs, befaßte. Nur für diese Einstellung gilt der Vorrang des Aufbringungsproblems. Für die Heilung struktureller Störung des Arbeitsmarktes kommt es zwar auch, aber nicht nur auf die Art der Aufbringung an: selbst bei optimaler Aufbringung wird eine falsche Investition den Erfolg, die Schöpfung neuer Arbeitsstellen, vereiteln. Und da ferner die Aufbringung, als Lastenverteilungsproblem, eine Frage der kurzen Frist, der Strukturumbau dagegen auf lange Sicht abgestellt ist, so kann eine anfänglich „falsche" Aufbringung durch entsprechende Überwälzungsprozesse „richtig" werden und für die Heilung des Strukturmißverhältnisses gleichsam immer noch zurechtkommen. Daher lassen wir die Besprechung des Investitionsproblems nicht nur logisch, sondern auch sachlich der des Aufbringungsproblems voranstehen.

Die tragende Rolle, die der Annahme struktureller Arbeitslosigkeit in unserer Gedankenführung zukommt, hat uns veranlaßt, diese Annahme eingehend zu begründen und uns nicht mit dem Hinweis auf die Ergebnisse empirischer Untersuchungen, wie die Saitzews, zu begnügen.

Wir behandeln die vielfältigen in unser Thema hineinspielenden Fragen ausschließlich aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Gesichtswinkel heraus, daher der Untertitel der Arbeit. Deshalb wird beispielsweise das in § 17 erwähnte „Gesetz zur Förderung der Eheschließungen" von 1933 nur in Bezug auf seine arbeitsmarkt-, nicht auf seine familienpolitische Bedeutung hin gewürdigt.

Das Schrifttumsverzeichnis soll nicht etwa eine Bibliographie für die behandelten und berührten Themen darstellen; eine solche aufzustellen, fühlt sich Verfasser bei der kaum übersehbaren Fülle alter und neuer Veröffentlichungen nicht in der Lage. Es sind vielmehr nur einige wenige neuere Schriften angeführt. Soweit das der Fall ist, soll das Verzeichnis zusammen mit der „Erklärung der Abkürzungen" als Schlüssel für die in den Anmerkungen angewandte Zitierweise dienen. In diesem, wie in anderen Punkten sucht Verfasser den Vorschriften gerecht zu werden, die sein hochverehrter langjähriger Lehrer, Herr Prof. Dr. J a s t r o w, in seiner „Übungsordnung" gegeben hat.

Verfasser hat sich nur in einigen wenigen Fällen mit anderen Autoren auseinandergesetzt, obwohl sich die Gelegenheit, ja die Verführung dazu oft genug bot. Im allgemeinen hätte aber — wenn die Polemik fruchtbringend sein sollte — so weit ausgeholt werden müssen, daß dadurch der Rahmen der Arbeit gesprengt worden wäre.

Zur möglichsten Vermeidung von Weitschweifigkeiten und vielleicht auch Mißverständnissen werden vielfach Ausdrücke auf einen bestimmten Sinn festgelegt und weiterhin nur in diesem Sinne gebraucht, z. B. „Reibungsfreisetzung", „Dauererfolg" und „Zeiterfolg" der Arbeitsbeschaffung, „horizontale" und „vertikale" Arbeitsteilung u. a. m. Bei den ersten Wiederverwendungen ist jeweils auf den Paragraphen verwiesen, wo der technische Sinn des Ausdrucks bestimmt ist. — Das Wort „Kapital" wird stets im Sinne von „Kapitaldisposition", also als Gegensatz zu „Realkapital" gebraucht, ausgenommen in der Zusammensetzung „kapitalintensiv".

Soweit nichts Gegenteiliges gesagt ist oder aus dem Zusammenhang erhellt, bezieht sich die Arbeit stets auf deutsche Verhältnisse. Das gilt insbesondere für die Erörterung von Fragen der inneren Kolonisation.

Die Arbeit wurde im Dezember 1933 abgeschlossen.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, meinen verehrten Lehrern, den Herren Prof. Dr. C. v. D i e t z e, Berlin, und Prof. Dr. I. J a s t r o w, Berlin, für die Förderung, die sie mir in ihren Übungen und Seminaren haben angedeihen lassen, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Herrn Prof. Dr. v. D i e t z e bin ich zu besonderem Dank für den Hinweis auf und die Überlassung von sonst schwer erreichbarer Siedlungsliteratur verbunden.

Erster Teil.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung.

Erster Abschnitt.

Historische Betrachtung.

Erstes Kapitel: **Arbeitslosigkeit und Staatseingriffe.**

a) Staatseingriffe auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes.

1. Sämtliche wirtschaftswissenschaftlichen Lehrgebäude, die den wirtschaftlichen Kreislauf zu ergründen versuchten, haben seit den Physiokraten den Begriff des Gleichgewichts in den Mittelpunkt gestellt[1]. Da der Mensch Ziel alles Wirtschaftens ist, muß als wichtigstes Kennzeichen des Ungleichgewichts überhöhte Erwerbslosigkeit betrachtet werden. Ob und wann Überhöhung vorliegt, kann nur die Erfahrung lehren. Zur besseren Erkenntnis spaltet man die gesamte Arbeitslosigkeit in vier Teile auf: in die normale oder konstante, die mittelwellige oder konjunkturelle, die strukturelle und die saisonübliche[2]. Zwischen 1906 und 1914 betrug die Gesamtarbeitslosigkeit in Deutschland im Minimum 52 000 Köpfe, August 1906, und im Maximum 467 000, Januar 1914[3]. Dagegen schätzt man heute allein den normalen Anteil der Arbeitslosigkeit für Deutschland und Großbritannien auf 2% der Erwerbsfähigen, das sind in Deutschland 400 000 Köpfe[2]. Die saisonale Arbeitslosigkeit wird auf 100 000 im Sommer und 800 000 im Winter ver-

1. A. Löwe, Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich? WA 1926 (24), 173.

2. Wl. Woytinsky, Internationale Hebung der Preise als Ausweg aus der Krise. Leipzig 1931, 13; Saitzew, Eine lange Welle ..., 14—17.

3. JKV 1926 Heft 2, 42.

anschlagt;[4] die strukturelle und konstante Arbeitslosigkeit zusammen bezeichnet Saitzew für September 1931 auf 58% der Gesamtarbeitslosigkeit[5], die damals 4,355 Mill. betrug[6], also auf 2,526 Mill. Köpfe. Zieht man hiervon 400 000 als Normalarbeitslosigkeit ab, so verbleibt die strukturelle Arbeitslosigkeit mit 2,126 Mill. Köpfen oder rund 50% der Gesamtarbeitslosigkeit. Ob diese Ziffer sich seither absolut oder im Anteilsverhältnis geändert hat, ist für unseren Zusammenhang nicht zu untersuchen; hier ist nur erheblich, daß die Zahl der Erwerbslosen, die auf absehbare Zeit nicht damit rechnen können, ohne besondere Maßnahmen in den Produktionsprozeß eingegliedert zu werden, in die Millionen geht. Solche außerordentlichen Maßnahmen sind aus der Wirtschaft heraus nicht zu erwarten, das können wir, vorläufig, als Erfahrungstatsache feststellen. Die Aufgabe, ein neues Gleichgewicht herzustellen, fällt also dem Staat — worunter wir hier wie auch im folgenden die öffentliche Hand schlechthin verstehen — zu. Grundsätzlich stehen ihm zwei Wege offen: er kann bei der Angebots- oder bei der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes einsetzen. Beide Wege sind beschritten worden.

2. Wird in der Verkehrswirtschaft das Angebot einer Ware zu einem bestimmten Preis nicht aufgenommen, so erfordert das neue Gleichgewicht Preissenkung. Der Preis des Arbeitstages sinkt, wenn entweder der Stundenlohn bei unverminderter Arbeitszeit, oder die Arbeitszeit bei unvermindertem Stundenlohn gekürzt wird. Im ersten Fall werden mehr Arbeitskräfte beschäftigt, weil die Stückkostensenkung Ausweitung des Absatzes, besonders nach dem Ausland, verspricht; im zweiten Fall, weil die gleiche Arbeitsstundenzahl wie früher nur von entsprechend erhöhter Kopfzahl von Arbeitern geleistet wird.

Die Lohnkürzung ist von der Regierung Brüning im Winter 1930/31 versucht worden . Es waren nur Abschläge von 5—8% erreichbar[7], und diese reichten offenbar nicht aus, das rasche Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Einen zweiten Versuch in dieser Richtung unternahm der damalige Reichskanzler v. Papen in der „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeits-

4. Woytinsky, 13; Bestätigung durch eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums, die die saisonmäßige Verschlechterung im Winter auf mindestens 700 000 angibt. FZ 9. 12. 33, 4.

5. Saitzew, Eine lange Welle . . ., 135.

6. DV 13. 11. 31, 229.

7. DV 6. 3. 31, 731.

gelegenheit“ vom 5. 9. 32[8], die Schlichter und Arbeitgeber zu Lohnsenkungen ermächtigte, unter gewissen hier nicht zu besprechenden Voraussetzungen. Die Vorschrift nebst ihren Durchführungsbestimmungen stießen auf vielfache Kritik, nicht nur wegen technischer Mängel[9], sondern vor allem wegen des „unüberwindlichen Widerstandes der Arbeiterschaft“[10]. Beide Gründe ließen es nur zu 42 200 Neueinstellungen auf diese Ermächtigung hin kommen[11]. Am 9. 12. 32 erklärte sich der Reichstag für die Wiederherstellung der Unabdingbarkeit der Tarifbindungen[12], und am 14. 12. 32 schon wurde die Verordnung von der Regierung v. Schleicher mit kurzer Frist aufgehoben[13].

Die nationalsozialistische Regierung Adolf Hitlers hat sich wiederholt gegen Lohnsenkungen ausgesprochen. Im Mai 1933 wurde von dem Wirtschaftskommissar Dr. Wagener und dem Führer der Arbeitsfront, Dr. Ley, ein sozialpolitischer Waffenstillstand auf zwei Monate abgeschlossen[14]; kurz darauf wurde bei der Begründung der Institution der Treuhänder der Arbeit die Parole der Lohnstabilität ausgegeben[15]. Reichskanzler Hitler selbst hat kürzlich den Wunsch ausgesprochen, daß das bestehende Lohnniveau nicht weiter gesenkt[16], ja, daß der Reallohn durch Senkung der Lebenskosten sogar erhöht werden solle[17].

Lohnsenkung zwecks Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit erscheint somit, mindestens vorerst, praktisch-politisch ausgeschlossen. Es fragt sich überdies, ob bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes die Senkung der Lohnkosten mehr nützen, als die aus dem Einkommensausfall der Massen herrührende Absatzschrumpfung der Wirtschaft schaden würde[18].

---

8. RGB 5. 9. 32 Nr. 58, 432.
9. z. B. FZ 7. 9. 32, 3; DV 9. 9. 32, 1628.
10. DV 30. 9. 32, 1717.
11. FZ 16. 12. 32, 3.
12. DV 16. 12. 32, 342.
13. RGB 19. 12. 32 Nr. 79, 545.
14. DV 19. 5. 33, 922.
15. DV 26. 5. 33, 953.
16. FZ 8. 11. 33, 11.
17. FZ 28. 11. 33, 4.
18. Einen Überblick über die Erörterungen der Kaufkrafttheorie geben: J. Marschak, Die Lohndiskussion. Tübingen 1930; K. Massar, Lohnpolitik und Wirtschaftstheorie. Tübingen 1932.

3. Die Arbeitszeitkürzung hat sich unter dem Druck der Not bereits weitgehend durchgesetzt. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit der gesamten Industrie betrug im Januar 1933 6,69 Stunden; bei 26 Arbeitstagen im Monat entspricht das einer wöchentlichen Arbeitszeit von 39,28 Stunden. Die noch vor kurzem so hart umkämpfte 40-Stunden-Woche war also im Durchschnitt erreicht. Im Mai war die tägliche Leistung auf 7,41, die wöchentliche bei 25 Arbeitstagen also auf 41,83 Stunden gestiegen. Bis September fiel die tägliche Arbeitszeit auf 7,17 Stunden; die wöchentliche stieg bei 26 Arbeitstagen auf 43,49 Stunden[19].

Die Arbeitszeitkürzung ohne Lohnausgleich stößt an die gleiche Schranke wie die Lohnkürzung: Arbeiterschaft und Regierung stehen im Kampf gegen weitere Minderung des Kopfeinkommens in gleicher Front. In Westfalen hat der Sonderbeauftragte des Treuhänders der Arbeit kürzlich in einem Falle entschieden, daß die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich nicht eingeführt werden dürfe[20]. Soweit Arbeitsstreckung ohne Gefährdung der Unternehmung möglich erscheint, werden diese Möglichkeiten ausgenutzt; dafür bürgt der Einfluß der Regierung, die den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zur obersten Richtschnur ihres Handelns gemacht hat, auch bei solchen Kreisen, die früher gegen Arbeitsstreckung eingestellt waren, wie der des Arbeitgeberverbandes der Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie[21]. Der Präses der Hamburger Handelskammer hat mit der an etwa 20 000 Firmen ergangenen Aufforderung, die Arbeitszeit der kaufmännischen Angestellten zugunsten von Neueinstellungen auf 40 Stunden herabzusetzen, einen „den Umständen entsprechend recht guten Erfolg" erzielt[22].

Für die große Masse der Arbeiterschaft und der Unternehmungen erscheint eine Arbeitszeitkürzung ohne Gefährdung der Arbeitgeber nur durchführbar, wenn der Einkommensausgleich von außen erfolgt. Das kann durch Lohnzuschüsse oder durch Erhöhung des naturalen Arbeitereinkommens geschehen. Über das Schicksal der Lohnprämien des Papen-Programms berichten wir in anderem Zusammenhang (§ 10). Erfolgreicher ist der andere Weg gewesen: die vorstädtische Kleinsiedlung, die schon nach einem

19. Errechnet nach JKW 25. 10. 33 Nr. 30.
20. FZ 8. 11. 33, 11.
21. DV 18. 8. 33, 1309.
22. FZ 13. 11. 33, 4.

Jahre 500 000 Menschen zugute gekommen ist[23]. Sie ermöglicht nicht nur Arbeitsstreckung, sondern schützt den Arbeiter auch vor der äußersten Not bei vorübergehender Arbeitslosigkeit. Hierauf ist noch zurückzukommen (§ 67).

b) Staatseingriffe auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes.

4. Die erwünschtere und daher gesündere Art, das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt wiederherzustellen, ist offenbar nicht die Beeinflussung des Arbeitsangebots durch Lohnsenkung oder Arbeitszeitkürzung, sondern die Belebung der Nachfrage nach Arbeit. Zu diesem Zweck kann der Staat entweder die Unternehmerschaft anreizen, die Erzeugung auszuweiten und so durch Investitionen Neueinstellungen vorzunehmen, indem er ihr Subventionen gewährt; das ist die „mittelbare Arbeitsbeschaffung". Oder er investiert selbst, er betreibt „unmittelbare Arbeitsbeschaffung".

Als Beispiele mittelbarer Arbeitsbeschaffung werden wir im folgenden die englische (§ 5) und die amerikanische Ankurbelung von der Krise von 1929 ab (§ 6), sowie das Papen-Programm und seine Durchführung (§§ 7—12) darstellen. Dann werden wir als Beispiele unmittelbarer Arbeitsbeschaffung einen Überblick über die englischen (§ 14) und amerikanischen staatlichen Investitionen seit Roosevelts Amtsantritt (§ 15) geben. Schließlich soll uns als Beispiel einer Wirtschaftsbelebung, die durch mittelbare und unmittelbare Arbeitsbeschaffung in kaum trennbarer Wechselwirkung erstrebt wird, die „Arbeitsschlacht der Reichsregierung" von 1933 dienen (§§ 16—21).

Zweites Kapitel: **Beispiele mittelbarer Arbeitsbeschaffung.**

a) Großbritannien.

5. Großbritannien könnte man als das klassische Land der Dauerarbeitslosigkeit bezeichnen; dort ist sie seit Kriegsende niemals unter eine Million abgesunken. Man kann die Wirtschaftsgeschichte Englands nach dem Krieg in drei Epochen teilen[24].

1. Die erste Phase beginnt mit der Aufschwungszeit der Jahre

---

23. Sering, SVSp 187, 60.
24. Hierzu: Keynes, Vom Gelde, 439—50.

1919 und 1920, in denen der dringliche Auffüllungsbedarf des europäischen Festlandes der englischen Industrie zugute kam[25]. Nach dem Umschlag von 1921 strebte man gemäß den Regeln der sogenannten orthodoxen Währungspolitik die Rückkehr des Pfundes zur alten Parität an, bei der Bedeutung Londons als Geldmarkt der Welt und bei den gewaltigen Auslandsanlagen des Landes wohl verständlich. Nun gelang es zwar, den Außenwert der Währung durch energische Deflationspolitik, vor allem im letzten Halbjahr vor Erreichung der alten Parität 1925, zu steigern; aber da die Binnenhandelspreise, besonders die Löhne, nicht dem Steigen des Geldwertes entsprechend sanken, verödeten die Ausfuhrstandardindustrien, die die Säulen von Englands Weltgeltung gewesen waren: Eisen und Stahl, Kohle, Baumwoll- und Wollverarbeitung, Maschinen- und Schiffsbau[26]. Die später zu streifenden (§ 14) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reichten nicht aus, die Arbeitslosigkeit zu verringern, zumal die verhältnismäßig hohen Sätze der Erwerbslosenversicherung den Lohnabbau hemmten.

2. Das politische Rückgrat des Kampfes gegen den Lohnabbau bildeten die Gewerkschaften. Nachdem die Einführung des Goldstandards 1925 klare Kalkulationsgrundlagen geschaffen und die Nachteile des zu hohen Kostenstandes bloßgelegt hatte, ließ es die Unternehmerschaft auf den Generalstreik ankommen, um die Lohnsenkung zu erzwingen. Wenn auch auf den Sieg der Unternehmer 1926 bis 1929 eine Zeit verhältnismäßigen Aufschwungs folgte, so blieb die Arbeitslosigkeit doch hoch, auf 1,2 Mill. 1928 und 1929 im Jahresdurchschnitt[27], denn „politische und soziale Erwägungen verhinderten es, daß die durch die Niederschlagung des Streiks gewonnenen Vorteile ausgenutzt wurden“[28]. Die Krise von 1929 traf England mit voller Wucht, so daß die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1930 die Zwei-Millionen-Marke überstieg[27]. Man suchte, durch organisatorische Maßnahmen, wie das Kohlengesetz von 1930[29], und durch finanzielle Rekonstruktionen großer Unternehmungen und ganzer Industriezweige durch die Bank von England und ihre Tochtergesellschaft, die Bankers Industrial Develop-

25. Keynes, 439 f.
26. W. H. Beveridge u. a., Zölle. Deutsch von F. Thalmann. Wien 1932, 55.
27. DV 19. 2. 32, 690.
28. Keynes, Vom Gelde, 446.
29. DV 29. 8. 30, 1635.

ment Cy[30], zu helfen. Der Erfolg war unzureichend, wie sich am besten an der Entwicklung der englischen Zahlungsbilanz ablesen läßt. Seit Jahrzehnten hatte England aus dem Nettoertrag seiner Auslandsanlagen — d. h. dem Überschuß der Auslandserträge über die Inlandserträge, die Ausländern zufließen — nicht nur einen beträchtlichen Einfuhrüberschuß bezahlen, sondern auch neue Kapitalausfuhr betreiben können. Dieser Saldo betrug 1913 181 Mill. £ und 1929 noch 118 Mill. £. Nun sackte er in einem Jahr auf 23 Mill. £ ab[31], und für 1931 war sein Umschlagen in einen hohen Fehlbetrag zu erwarten. Das war die letzte Ursache für eine grundsätzliche Wendung der englischen Wirtschaftspolitik.

3. Die dritte Epoche ist durch drei Schlagworte zu kennzeichnen: Abkehr vom Golde, Abkehr vom Freihandel, Kreditankurbelung. Die Suspendierung des Goldstandards war die Voraussetzung für die von der Bank von England betriebene Kreditpolitik: weil sie keine Goldabzüge mehr zu befürchten brauchte, konnte sie den Zins senken, um zur Kreditinanspruchnahme anzuregen. Der im September 1931 auf 6% erhöhte Diskont wurde daher vom Frühjahr bis zum Sommer 1932 schrittweise auf 2% ermäßigt[32]. Die Wirkung blieb aber zunächst auf die „finanzielle Zirkulation“[33] beschränkt. Zwar sank die Rendite der festverzinslichen Werte, so daß im Juli 1932 die Riesenkonversion von zwei Milliarden £ Kriegsanleihe gelang[34], aber der Belebungsfunke sprang nicht auf die „industrielle Zirkulation“[35] über; die Arbeitslosigkeit stieg.[36] Die von der Währungs- und Kreditpolitik ausgehende Förderung der Ausfuhr wurde durch die Wendung zum Protektionismus und zum Empire-Freihandel der Tendenz noch verstärkt[37]. Da drohte die Ausfuhrbesserung durch die Abkehr auch der USA vom Golde im Frühjahr 1933 gefährdet zu werden. Die geringe Wahrscheinlichkeit einer weiteren Senkung des Pfundkurses führte nämlich zu starken Kapitalzuflüssen nach London und damit zu einer

30. FZ 23. 2. 33, 5.
31. DV 24. 2. 33, 660.
32. DV 26. 2. 32, 700; 18. 3. 32, 828; 25. 3. 32, 860; 29. 4. 32, 1027; 20. 5. 32, 1130; 8. 7. 32, 1362.
33. Keynes, 37.
34. DV 8. 7. 32, 1362.
35. Keynes, 37.
36. DV 9. 9. 32, 1632.
37. DV 1. 9. 33, 1389.

unerwünschten Hebung des Pfundkurses. Dem begegnete die Bank von England durch umfangreiche Pfundverkäufe im Ausland gegen Gold[38].

Um die Jahreswende 1932/33 trat der Erfolg ein. Bisher hatte sich die Ausweitung der Umlaufsmittel auf die Sphäre des Buchgeldes beschränkt; der Notenumlauf stieg nur wenig, infolgedessen auch die Preise fast gar nicht, was ebenfalls der Ausfuhr zugute kam. Die Bank von England bewirkte mit Wertpapierkäufen von 40 Mill. £ eine Steigerung der Bankeinlagen um 334 Mill. £, entsprechend der üblichen Liquiditätsrate von 10%[39]. Anfang 1933 nahmen nun die Gesamteinlagen zwar nicht weiter zu, aber der Anteil der schnell umgesetzten Geschäftsdepositen wuchs zu Lasten der Spardepositen[39]. Die Wirtschaftszahlen von Erzeugung und Verbrauch stiegen, die Arbeitslosigkeit sank[40]. Als späte Frucht der Pflege des Kapitalmarktes erwuchs eine Sonderkonjunktur des Baumarktes[41]. — Die Wirtschaft hat die Unternehmungslust wiedergefunden und ist dabei, „den notwendigen Strukturum- und -ausbau .. zu vollziehen“[40]. Somit bietet England das Bild einer geglückten Wirtschaftsankurbelung.

b) USA ab 1929.

6. Die USA. hatten 1921—1929 einen beispiellosen Aufschwung erlebt, der bei stabilem Preisstand und Kostenkompression durch Rationalisierung dadurch in Schwung gehalten wurde, daß der sonst eintretende Preisfall durch die Banken mittels fortdauernder Kreditinjektionen verhindert wurde[42]. Der unvermeidliche Zusammenbruch erfolgte im Oktober 1929 und ging von der New-Yorker Börse aus. „Die amerikanischen Notenbanken .. hofften .., die Krise mit Kredithilfe abzuwenden. Man senkte rasch die Diskonte und Ankaufsraten und suchte auch mit allen Mitteln der Überredungskunst die Wirtschaft anzufeuern.“[43] Der Urheber dieser Stimmungsmache war Hoover, dessen Wiederwahl von der Wiederbelebung der Prosperity abhing[44]. Der New Yorker Diskont

38. DV 12. 4. 33, 758.
39. DV 3. 11. 33, 198 f.
40. DV 20. 10. 33, 113.
41. DV 17. 11. 33, 294.
42. W. Röpke, Ewige Prosperität? DV 6. 2. 31, 608.
43. FZ 19. 3. 33, 5.
44. DV 6. 6. 30, 1222.

wurde von 6% im Oktober 1929 bis auf 2½% im Juni 1930 gesenkt. Die Reservebanken kauften im Frühjahr 1930 Staatsanleihen und Akzepte für 500 Mill. $[45]. „Die Wirtschaft ließ sich vorübergehend beeindrucken", die Aktienkurse stiegen[43], aber die Börsenbelebung sprang nicht auf die industrielle Zirkulation über. Infolgedessen trat bereits im April/Mai 1930 der Rückschlag an den Börsen ein und verschärfte noch das ganze Jahr über die Stockung[46]. Im Herbst 1930 kam es zu Bankschwierigkeiten und Notenhortungen. Die erneute Kreditoffensive der Notenbanken — im Dezember 1930 wurde der Zins auf 2% gesenkt — vermochte im Januar 1931 einen Börsenaufschwung zu entzünden und den Preisfall aufzuhalten[47]. Aber trotzdem der Diskont im Mai auf 1½% gesenkt wurde, erlosch das Strohfeuer; der Abstieg der Wirtschaft setzte sich fort[48]. „Man erkannte . ., daß die Kreditpolitik gegenüber den durch eigene Mißgriffe verstärkten Krisenkräften unwirksam geworden war." Daher führte die Kreditausweitung nur zur Verflüssigung der Bankbilanzen, nicht aber zur Ankurbelung der Wirtschaft.[49]

Da sich im Herbst 1931 die Bankzusammenbrüche mehrten, — seit Anfang 1931 hatten fast tausend Banken mit 700 Mill. $ Einlagen die Schalter schließen müssen — veranlaßte H o o v e r die gesunden Banken zur Gründung der National Credit Corporation, die die deflatorischen Folgen der Bankzusammenbrüche durch Kreditausweitung ausgleichen sollte[50]. Die bloße Ankündigung dieser Politik führte im Oktober 1931 zu starken Abzügen ausländischer, vor allem französischer, Guthaben und zu Gold- und Notenhortungen, so daß der Diskont auf 3½% erhöht werden mußte[51]. Die National Credit Corporation, ein privates Unternehmen, erwies sich als zu schwerfällig, so daß sie liquidiert wurde. An ihre Stelle trat die rein staatliche Reconstruction Finance Corporation, kurz: Refico[52]. Um für die noch verbliebenen ausländischen Schwebeschulden genügend Gold frei zu bekommen und dadurch Bewegungsfreiheit für die Kreditpolitik zu erlangen, wurde im Früh-

45. DV 25. 4. 30, 1006.
46. DV 11. 7. 30, 1402; 15. 8. 31, 1566; 10. 10. 30, 42.
47. DV 13. 2. 31, 627.
48. DV 2. 5. 31, 1030; 15. 5. 31, 1101; 28. 8. 31, 1610.
49. FZ 19. 3. 33, 5.
50. DV 9. 10. 31, 40 f.
51. DV 23. 10. 31, 107 f.
52. DV 5. 2. 32, 605.

jahr 1932 das Federal-Reserve-System reformiert, in dem Sinne, daß als Notendeckung in gewissem Umfang statt Gold Bankwechsel und Staatsanleihen treten dürfen[53]. Nunmehr konnte der Diskont wieder auf 3% herabgesetzt werden. Das Fortdauern des Mißtrauens gegen die Banken zeigte sich aber an den auf eine Milliarde Dollar geschätzten Notenhortungen, und die Kreditmüdigkeit an dem Absinken der Bankanlagen von 22 Md. $ im Herbst 1931 auf 19½ Md. $ im März 1932[54]. Die Refico vergab im Laufe des Jahres 1932 etwa die Hälfte ihrer Kreditermächtigung von 3 Md. $[55]. Da auch der Diskont weiter auf 2½% gesenkt wurde, stiegen die Kurse der Aktien um 60%, der Anleihen um 20%. Aber wieder handelte es sich nur um eine spekulative Belebung der finanziellen Zirkulation: die Ausnutzung der Stahlwerke sank bis auf einen Tiefpunkt von 13% der Kapazität[56]; die sowieso nur schwache Belebung der Verbrauchsgüterindustrien im September[57] wich schon im Oktober übersaisonmäßiger Schrumpfung[58]. Wenn auch die gehamsterten Noten wieder zurückflossen, also die Bankeinlagen stiegen, so nahmen doch die Ausleihungen weiter ab[59].

Im Februar/März 1933 brach die Bankenkrise erneut aus. Es kam soweit, daß Bankfeiertage erklärt werden mußten. Diese Gelegenheit benutzte der neue Präsident R o o s e v e l t, um dem englischen Vorbild zu folgen und den Dollar vom Golde zu lösen, nicht wegen einer Gefährdung der Währung, wie sie bei England vorlag, sondern zu dem eingestandenen Zweck der Wirtschaftsbelebung durch Hebung der Preise[60]. Der in der Bankenkrise auf 3½% erhöhte Diskont wurde im ersten Halbjahr 1933 bis auf 2% gesenkt[61]. Dem gleichen Ziel diente das Gesetzgebungswerk vom 16. 6. 33, das den Präsidenten ermächtigte, den Goldgehalt des Dollars bis um 50% herabzusetzen, das ferner den Abkauf von bis zu 3 Md. $ Staatsanleihen durch die Reservebanken gegen neugeschaffene Banknoten vorsah und das schließlich die Regierung mit ungewöhnlichen Voll-

53. DV 19. 2. 32, 674 ff.; 11. 3. 32, 780 ff.
54. DV 15. 4. 32, 951.
55. DV 9. 12. 32, 290.
56. DV 2. 9. 32, 1599.
57. DV 7. 10. 32, 10.
58. DV 20. 1. 33, 493; 27. 1. 33, 536.
59. DV 27. 1. 33, 537 f.
60. DV 21. 4. 33, 807.
61. DV 21. 4. 33, 824.

machten ausstattete: sie darf die Agrarpreise durch Aufschläge auf die Verbraucherpreise und Anbaubeschränkungen bis auf Vorkriegshöhe heben; sie darf mittels Staatsgarantie die städtischen und ländlichen Grundlasten umschulden; und sie darf Industrie und Eisenbahnen durch weitgehende Eingriffe, wie Zwangskartellierung, Produktionseinschränkung, Bestimmung von Lohnhöhe und Arbeitszeit, reorganisieren[62]. Über die gleichzeitig eingeleitete unmittelbare Arbeitsbeschaffung berichten wir noch (§ 15). Alle diese Maßnahmen hatten eine sprunghafte Belebung von Börse und Wirtschaft zur Folge. Die Ausnutzung der Stahlwerke stieg von 13% im März auf 44% Anfang Juni[63] und 59% im Juli; der Index der Großhandelspreise in dem gleichen Zeitraum von 83,3 auf 103[64]. Im einzelnen waren die Agrarpreise stärker gestiegen als die der Industrieerzeugnisse[65], ein Erfolg, der aber nicht angehalten hat, was zu einem Farmerstreik im Mittelwesten führte[66]. Trotz der Belebung nahmen die Ausleihungen der Banken ab; in dem Maße wie die Banken Staatspapiere an die Reservebanken verkauften, verringerten sie ihre Wechseleinreichungen[67]. Die Belebung erwies sich wiederum als spekulative Vorwegnahme des erwarteten inflatorischen Aufschwungs. Denn als nach Inkrafttreten des Gesetzgebungswerkes vom 16. 6. 33 R o o s e v e l t sich gegen die Erhöhung der Industriepreise und -gewinne wandte, brach die Konjunktur zusammen. Gegen den sprunghaften Fall der Wertpapierkurse wurde nichts unternommen; wohl aber stützte der Präsident den Getreidemarkt durch Festsetzung von Mindestpreisen[68]. Bis zum Oktober 1933 fiel die Ausnutzung der Stahlwerke wieder auf 25,2%[69]. Da also die Investitionsbelebung sich als trügerisch erwies, versuchte man es mit der Ankurbelung des Verbrauchs. Diesem Zweck sollten die in einem „Statut des gerechten Wettbewerbs", genannt „Blanket Code", niedergelegten Bestimmungen über Arbeitszeitkürzungen und Lohnerhöhungen, wodurch die Gesamtlohnsumme gesteigert werden sollte, dienen. Aber dieser Eingriffsversuch in den Arbeitsvertrag

62. DV 5. 5. 33, 863; 30. 6. 33, 1113; 14. 7. 33, 1167.
63. DV 9. 6. 33, 1018.
64. DV 18. 8. 33, 1323.
65. DV 23. 6. 33, 1078.
66. DV 27. 10. 33, 151.
67. DV 9. 6. 33, 1018; 18. 8. 33, 1323.
68. DV 28. 7. 33, 1230.
69. DV 22. 9. 33, 1481; 17. 11. 33, 1293.

stieß weder bei Arbeitern, noch bei Unternehmern auf Gegenliebe. Eine Streikwelle ging durch das Land, und den Unternehmern konnte der Code nur durch mannigfache Drohungen und Zugeständnisse aufgenötigt werden[70]. Daher verlegte sich die Regierung wieder mehr auf die Politik der Kreditausweitung. Die Banken wurden zu liberalerer Kreditgewährung aufgefordert; trotz des Wachstums der Einlagen waren die Ausleihungen im Laufe des Sommers nicht gestiegen[71]. Neben die stärker betriebenen Staatsanleihekäufe trat als neues Mittel die Aufnahme von Bankvorzugsaktien durch die Refico zwecks Verstärkung der Eigenmittel der Banken[72]. Um die Wirtschaft vor der Möglichkeit unvorhergesehener Steigerungen des Dollarkurses und vor Preiseinbrüchen zu schützen, hat die Refico den Goldankauf im Ausland vorbereitet[73]. Der Erhöhung der wirtschaftlichen Sicherheit soll ferner die Staatsgarantie für Bankeinlagen dienen[71].

Unser Überblick zeigt, daß die amerikanische Konjunkturpolitik seit 1929 der Stetigkeit ermangelt[74]. Vielleicht ist das der Grund, weshalb ihr ein durchgreifender Erfolg bisher nicht beschieden war. Bis Anfang September waren angeblich statt der erhofften Zahl von 6 Millionen erst 2 Millionen Neueinstellungen zu verzeichnen[75].

c) Der Papenplan.

7. Von den dem Papenprogramm vorhergehenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Deutschland erwähnen wir nur die Programme vom Frühjahr 1932 mit 165 Mill. RM. und vom Sommer 1932 mit 182 Mill. RM.[76] Wie schon diese Ziffern beweisen, suchten die früheren Regierungen mit verhältnismäßig kleinen Mitteln vorhandene Notstände zu mildern. Reichskanzler v. Papen dagegen setzte sich ein höheres Ziel und verwandte größere Mittel; er versuchte durch den Einsatz von Milliarden den erwarteten Wiederaufstieg der Wirtschaft zu beschleunigen und damit die Kurve der bis dahin ansteigenden Arbeitslosigkeit endgültig umzubiegen. Die

---

70. DV 14. 7. 33, 1169; 28. 7. 33, 1237; 4. 8. 33, 1259; 25. 8. 33, 1352; 1. 9. 33, 1389; 22. 9. 33, 1481.
71. DV 15. 9. 33, 1450.
72. DV 29. 9. 33, 1515; 13. 10. 33, 62; 27. 10. 33, 151.
73. DV 3. 11. 33, 197; 10. 11. 33, 245.
74. FZ 21. 10. 33, 5.
75. DV 15. 9. 33, 1450; 22. 9. 33, 1481.
76. JKW 1. 11. 33, 131.

Verordnung „zur Belebung der Wirtschaft“ vom 5. 9. 32[77] bestimmte, daß dem Unternehmertum 40% der es besonders belastenden Steuern, soweit sie vom 1. 10. 32 bis zum 30. 9. 33 zu entrichten waren, in Form verzinslicher Steuergutscheine zurückvergütet wurden. Es handelt sich um die Umsatz-, Gewerbe- und Grundsteuern. Die Steuergutscheine werden 1934—38 zu je einem Fünftel auf nahezu alle Reichssteuern in Zahlung genommen. Sie stellen die Verbriefung eines Darlehens des Steuerzahlers an das Reich dar, einer Forderung, die er durch Steuererlaß vom Reich erhält. Die Scheine sind börsenfähig und bei Reichsbank und Großbanken beleihbar. Außerdem erhält die Reichsbahn-AG. die Beförderungssteuer des gleichen Zeitabschnitts in voller Höhe zurückvergütet. Der Umfang der Steuerrückvergütungen wurde amtlich wie folgt geschätzt:[78] Man rechnete mit einem Aufkommen der

Umsatzsteuer von 1500 Mill. RM., davon 40%	600 Mill. RM.
Gewerbesteuer von 600 Mill. RM., davon 40%	240 Mill. RM.
Grundsteuer von 1280 Mill. RM., davon 40%	512 Mill. RM.
Beförderungssteuer von 170 Mill. RM.	170 Mill. RM.
	1522 Mill. RM.

Von der Besserung der Gewinnlage und der Flüssigkeit der Wirtschaft durch die leicht veräußerlichen und beleihbaren Scheine erhoffte man ein Neuerwachen der Unternehmungslust und damit Neueinstellungen Erwerbsloser in großem Umfange.

8. Die Steigerung des Beschäftigungsgrades wurde nun noch mit einem besonderen Anreiz versehen: für jeden zusätzlich eingestellten Arbeiter leistete das Reich einen Lohnzuschuß von 100 RM. je Vierteljahr, ebenfalls in Steuergutscheinen. Hierfür waren 700 Mill. RM. Steuergutscheine vorgesehen. Außerdem ermächtigte die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ vom 5. 9. 32[79] den Unternehmer, in gewissem Verhältnis zum Umfang der Neueinstellungen den Tariflohn aller Arbeiter für die 31.—40. Arbeitsstunde zu kürzen. Diese Durchbrechung des arbeitsrechtlichen Grundsatzes der Unabdingbarkeit der Tarifbindungen mußte aber, wie in anderem Zusammenhang (§ 2) erwähnt, schon im Dezember 1932 aufgegeben werden.

77. RGB 5. 9. 32 Nr. 57, 425.
78. FZ 6. 9. 32, 2.
79. RGB 5. 9. 32 Nr. 58, 433.

9. Wie aus der Rede von Münster, den offiziellen Kommentaren zu den erwähnten Verordnungen und dem Presse- und Rundfunkfeldzug mit den Meldungen über Neueinstellungen im Herbst 1932 hervorgeht, legte die Regierung von vorneherein größtes Gewicht auf den psychologischen Erfolg. Und das mit Recht. Denn materiell konnte sich der Plan gar nicht so schnell auswirken, daß er das winterliche Steigen der Arbeitslosigkeit hätte beeinflussen können, dem es zunächst zu begegnen galt. Von den Steuerrückerstattungen werden Beträge unter 50 RM. erst nach Ablauf des Planjahres ausgegeben. Auf Grund der Umsatzsteuerstatistik wird der Anteil dieser Kleinstbeträge auf $^2/_5$ der Gesamtsumme geschätzt[80]. Demnach würden für eine baldige Ankurbelung $^2/_5$ von 1352 Mill. RM. gleich 540 Mill. RM. ausfallen. Weiterhin sind Gewerbe- und Grundsteuern vierteljährlich fällig[81], also ebenso wie die Lohnzuschüsse[82] erstmalig am 1. 1. 33 anzufordern gewesen. Nur die Umsatzsteuer ist monatlich zahlbar; die Ausgabe der Rückvergütungsscheine der Umsatzsteuer setzte also bereits am 1. 10. 32 ein.

Es kam also darauf an, daß durch die psychologische Zündung der materielle Erfolg vorweggenommen wurde. Hätte die Wirtschaft mehr Kredite gefordert, so wäre das Banksystem willens und in der Lage gewesen, solche Wünsche zu erfüllen. Der Außenwert der Mark war durch die Stillhalteabkommen und die Devisenzwangswirtschaft geschützt. Noch im September 1932 senkte die Reichsbank den Diskont von 5% auf 4%[83]. Trotzdem hielt die Schrumpfung der Inanspruchnahme der Reichsbank an: ihr Bestand an Wechseln, Schecks und Lombardforderungen betrug Ende August 3253 Mill. RM. und sank bis Ende Dezember 1932 auf 2983 Mill. RM.[84]; ähnlich bewegte sich der Zahlungsmittelumlauf. Bei den Kreditbanken nahmen die Kreditoren von 9097 Mill. RM. August 1932 auf 8709 Mill. RM. Februar 1933, die Debitoren in der gleichen Zeitspanne von 5701 auf 5408 Mill. RM. ab[85]. Nun kann eine Wirtschaftsbelebung sich auch ohne Bankenhilfe vollziehen, wenn die Wirtschaft selbst genügend flüssige Mittel besitzt. Das ist offenbar

80. DV 2. 9. 32, 1604.
81. RGB 29. 9. 32 Nr. 64, 461.
82. RGB 5. 9. 32 Nr. 57, 426.
83. DV 23. 9. 32, 1709.
84. DV 7. 10. 32, 29; 3. 3. 33, 713.
85. Die Bank 1932 II, 1379; 1933 I, 476.

in gewissem Umfange der Fall gewesen[86]. Der industrielle Produktionsindex stieg im zweiten Halbjahr 1932 von 53,1 im Juli auf 58,7 im Dezember, — wozu übrigens fast allein die Verbrauchsgütererzeugung — 68,1 : 81,2 — beitrug; der Produktionsgüterindex blieb fast unverändert — 44,5 : 45,7[87]. Aber trotz dieser Teilbelebung stieg die sichtbare Arbeitslosigkeit um fast 800 000 Köpfe, nämlich von 5,225 Mill. Ende August auf 6,014 Mill. Ende Januar[84]. Die psychologische Ankurbelung versagte.

10. Wie stand es nun mit den materiellen Auswirkungen des Papenprogramms? Wären die für Lohnzuschüsse bestimmten 700 Mill. RM. voll in Anspruch genommen worden, so hätten dadurch bei 400 RM. Zuschuß je Kopf 1,75 Mill. Mann auf ein Jahr Arbeit bekommen. Schon im Dezember wurde es klar, daß dieser Betrag nicht entfernt ausgenützt werden würde. Nach einer Schätzung der Frankfurter Zeitung[88] wurden im ersten Planvierteljahr, das am 31. 12. 32 ablief, 40 Mill. Steuergutscheine als Lohnzuschüsse angefordert. Diese Summe ist aber erst mit Ablauf des zweiten Vierteljahres erreicht worden[89]. Dem würde eine Mehrbeschäftigung von 200 000 Mann entsprechen. In Voraussicht der geringen Inanspruchnahme wurden im Dezember 500 Mill. RM. aus dem Lohnzuschußfonds für einen Arbeitsbeschaffungsplan, der von dem Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Landgemeinden und späteren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, G e r e k e , aufgestellt worden ist (Gereke-Programm), abgespalten[90]. Später wurden die Bestimmungen über Lohnzuschüsse zum 31. 3. 33 mit einer Übergangsfrist von drei Monaten für bereits früher gewährte Zuschüsse aufgehoben[91].

11. Die zur Ausgabe gelangten Steuergutscheine, in der Hauptsache also Steuerrückvergütungen entstammend, können nur dann der Wirtschaftsbelebung unmittelbar dienen, wenn sie nicht bis zur Fälligkeit einbehalten werden, sei es vom ersten Empfänger, sei es von Jemandem, an den dieser die Scheine verkauft oder in Zah-

---

86. DV 2. 12. 32, 252.

87. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft: Wirtschaftliche Mitteilungen 1933, 63.

88. FZ 6. 4. 33, 1.

89. Finanzieller Überblick über den Reichshaushalt 1933. Berlin, August 1933, 7.

90. RGB 31. 1. 33 Nr. 6, 31.

91. RGB 10. 4. 33 Nr. 36, 187.

lung gibt. Sie müssen vielmehr der Wirtschaft als Unterlage zur Kreditausweitung zum Zwecke der Investition dienen. Wenn das der Fall gewesen ist, so muß es aus den Bankbilanzziffern ersichtlich sein. Wie wir sahen, können die Scheine erst ab 1. 1. 33 in größerem Umfang in die Wirtschaft geströmt sein. Da Ende Januar keine Monatsbilanzen veröffentlicht werden, legen wir die von Ende Februar zugrunde. Als Endzeitpunkt nehmen wir den 30. 6. 33, da im zweiten Halbjahr 1933 die großen Arbeitsbeschaffungsprogramme des Sommers zu wirken beginnen. Von Ende Februar bis Ende Juni schrumpften die Debitoren der Kreditbanken von 5408 auf 5169 Mill. RM., die Kreditoren von 8709 auf 8208 Mill. RM.; die Debitoren der öffentlichen Banken von 1053 auf 951 Mill. RM., ihre Kreditoren von 1967 auf 1813 Mill. RM.[92]. Die Entwertung der USA-Kredite und ihre Umwandlung in Registermark kann diese Abnahme bei den Kreditbanken nicht allein[93], bei den öffentlichen Banken überhaupt nicht erklären, da sie nur wenig mit ausländischen Mitteln gearbeitet haben[94].

12. Daß die Steuergutscheine nur in kleinem Umfang als Kreditunterlagen gedient haben, geht auch unmittelbar aus dem Anteil hervor, den ein zur Kurspflege gebildetes Bankenkonsortium davon aufnehmen mußte. Zu berücksichtigen sind nur die für das Publikum verfügbaren Scheine. Von dem Gesamtbetrag von 2222 Mill. RM. — 1522 Mill. RM. Steuerrückvergütungen (§ 7) zuzüglich 700 Mill. RM. Lohnzuschüsse (§ 8) — sind abzuziehen: die 500 Mill. RM., die für das Gerekeprogramm abgespalten wurden, und ein nicht bezifferbarer Betrag infolge Minderaufkommens der Rückerstattungssteuern und Nichtinanspruchnahme der Lohnzuschüsse. Der Rest wird auf eine Md. RM. geschätzt[95]. Hiervon entfallen 180 Mill. RM. auf die Reichsbahn. Von dem Rest, 820 Mill. RM., hat das Stützungskonsortium über 300 Mill. RM. aufnehmen müssen und etwa 250 Mill. an die Reichsbank weiterverkauft, so daß sich höchstens 570 Mill. oder, wenn man annimmt, daß die Banken des Konsortiums die nicht weitergegebenen Scheine einbehalten, 520 Mill. RM., d. h. rund die Hälfte der überhaupt ausgegebenen Scheine im Publikum befinden[96]. Und trotzdem wird geklagt, daß

92. Die Bank 1933, 476, 1128.
93. FZ 28. 5. 33, 5; 27. 7. 33, 6.
94. FZ 28. 5. 33, 5.
95. DV 17. 11. 33, 277 f.
96. DV 17. 11. 33, 277 f.

sie nur in „überraschend kleinem Umfange zur Kreditausweitung dienen“[97]. Mußten wir oben das Versagen der psychologischen Ankurbelung des Papenprogramms feststellen (§ 9), so gilt das Gleiche auch für die materiellen Auswirkungen. Damit ist nicht etwa ein Werturteil über das Programm an sich abgegeben. Wenn in solchen Schicksalsfragen überhaupt Urteile zulässig sind, so trifft eine „Schuld“ im geschichtlichen Sinne weit eher das Unternehmertum, das die ihm gebotene Chance nicht wahrnahm.

d) Nachweis, daß Kreditschöpfung Unternehmersubventionierung bedeutet.

13. Wir haben oben mit mittelbarer Arbeitsbeschaffung, von der dieses Kapitel handelt, die Subventionierung der Unternehmerschaft durch den Staat zwecks Belebung der Produktion bezeichnet (§ 4). In den geschilderten Beispielen spielt nun die Kreditausweitung eine große Rolle. Handelt es sich aber bei Erleichterungen der Kreditaufnahme überhaupt um eine Subventionierung? Der Kreditnehmer bekommt doch nur ein Darlehen, das er zurückzahlen muß, also kein Geschenk! — Zur Klärung dieser Frage müssen wir auf die von Wicksell, Schumpeter, D. H. Robertson und Anderen entwickelte Kapital- und Kredittheorie verweisen. Der natürliche oder besser Gleichgewichtszins[98] ist der Zinssatz, der dem Gleichgewicht auf dem Kapitalmarkt entspricht, d. h. der dem Gewinn des Grenzunternehmers gleich ist. Das Bankensystem vermag nun den Marktzins unter den Gleichgewichtsstand zu drücken, indem es das Kapitalangebot mittels Kreditschöpfung vermehrt. Dadurch wird die Gewinnlage der — nur mit Fremdkapital arbeitend gedachten — Unternehmerschaft verbessert, also die Grenze der Gewinnlosigkeit hinausgeschoben. In dem Unterschied zwischen dem Gleichgewichts- und dem Marktzins besteht die Subvention der Kreditnehmer. Sie wird getragen von all den Marktgenossen, denen die Empfänger der inflatorischen Kredite Güter oder Dienste durch Überbietung verteuern oder entziehen; sie werden zum Sparen gezwungen[99], ohne die Früchte unmittelbar in Aussicht zu haben, die

97. DV 16. 6. 33, 1045; 14. 7. 33, 1159.

98. Hayek, Preise . ., 22.

99. Knut Wicksell, Geldzins und Güterpreise. Jena 1898, 143; J. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. 2. Aufl. München und Leipzig 1926, 155 ff.; D. H. Robertson, Banking Policy and the Price Level. London 1926, Ch. V.

ihnen das freiwillige Sparen bietet: die Ertragserhöhung bei Verlängerung der Produktionsumwege, oder den Darlehenszinsgenuß.

Drittes Kapitel: **Beispiele unmittelbarer Arbeitsbeschaffung.**

a) Großbritannien.

14. Der Zweck jeder Art von Arbeitsbeschaffungs-Subventionierung durch den Staat ist die Verbesserung der Gewinnlage des Unternehmers mit dem Endziel, daß er die Erzeugung ausweitet und dadurch Arbeitsgelegenheiten schafft. Nun greift aber Kreditverbilligung und Steuererlaß, um die für Deutschland wichtigsten Subventionsformen zu nennen, zunächst nur auf der Kostenseite an; die Erlöse werden nicht unmittelbar beeinflußt. Da der Unternehmer sein Handeln weder nach den Kosten allein, noch nach dem Erlös allein, sondern nach ihrer Differenz, der Gewinnspanne, ausrichtet, muß die bloße Kostensenkung ihn nicht unbedingt zu Investitionen veranlassen. Wird sie nämlich in ihrer Wirkung auf die Gewinnsumme durch tatsächliche oder auch nur befürchtete Erlösminderung ausgeglichen oder übertroffen, so bleibt der Ankurbelungserfolg aus. Das ist offenbar in den betrachteten Zeiträumen in den USA und in Deutschland der Fall gewesen, nicht aber in England.

Es liegt nahe, daß der Staat neben oder anstatt der Kostensenkung auch die Steigerung der Erlöse unmittelbar in die Hand nimmt, indem er Aufträge an die Wirtschaft vergibt. Tatsächlich haben alle Länder mit großer Arbeitslosigkeit diesen Weg beschritten.

Für England liegt ein Ausschußbericht über die Bewilligung von Mitteln für öffentliche Arbeiten für Arbeitsbeschaffung vor, der bis Januar 1932 reicht[100]. Seit 1920 wurden danach 191 Mill. £ zu ⅓ vom Staat und zu ⅔ von den örtlichen Behörden als Trägern der Arbeitsbeschaffung aufgewandt. Von den drei Epochen, in die wir die englische Wirtschaftsgeschichte nach dem Krieg eingeteilt haben (§ 5), lassen sich die beiden ersten, wenn auch mit gewissen Verschiebungen, an den Jahresbewilligungen ablesen. In der Deflationszeit 1920—1926 wurden im Jahresdurchschnitt mit Schwankungen zwischen 15,8 und 26,6 Millionen rund 19 Millionen Pfund ausgegeben. Die zweite Epoche setzt erst mit dem großen Streik

100. Unemploymenta Grants Committee. Final Report. Auszug in The Ministry of Labour Gazette 1933, 241 Juliheft. London.

1926 ein und läßt sich in zwei Unterteile gliedern: in der Zeit verhältnismäßigen Wohlstandes infolge der Befruchtung Europas durch den Kapitalstrom aus den USA, 1926—1929, fiel der Jahresdurchschnitt auf nur 2,8 Mill. £, um in der Weltwirtschaftskrise 1929—1932 wieder auf 33 Mill. £ anzuschwellen. Die Mittel wurden hauptsächlich für Be- und Entwässerungsanlagen, Straßen- und Hafenbauten, Elektrifizierung und andere Versorgungsbetriebe und Gesundheits- und Sportanlagen eingesetzt. Ab Januar 1932 wurden keine Ausgaben mehr bewilligt. Für die damit einsetzende dritte Epoche sind die Ausführungen des Handelsministers Runciman auf der Weltwirtschaftskonferenz, die 1933 in London stattfand, kennzeichnend[101]. Die Franzosen hatten vorgeschlagen, die Arbeitslosigkeit der Welt durch international unternommene öffentliche Arbeiten zu bekämpfen. Runciman lehnte jede Beteilung oder Unterstützung solcher Pläne ab. Nach den Erfahrungen seines Landes könne man mit einer Million Pfund unmittelbar und mittelbar je 2000 Arbeiter — zu ergänzen: auf ein Jahr — beschäftigen; das sei zu kostspielig. In der Tat erscheint ein Betrag von 250 £ pro Kopf oder zu einem Kurs von 14 umgerechnet, 3500 RM. recht hoch, wenn man ihn mit den Kosten in Deutschland, 1575 RM. je Kopf, vergleicht, die wir unten (§ 21) errechnet haben. Wie wir sahen, hat England es ja auch nicht mehr nötig, unmittelbare Arbeitsbeschaffung zu treiben, da seine Wirtschaft schon in Schwung gekommen ist.

b) USA seit Roosevelts Amtsantritt.

15. In den USA hatte Präsident Hoover zwar auch Notstandsarbeiten unternommen, seit die Arbeitslosigkeit nach der Krise von 1929 großen Umfang anzunehmen begann[102], aber erst unter Roosevelt tritt die unmittelbare Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund. Das Kernstück seines Gesetzgebungswerkes vom 16. 6. 33 waren öffentliche Arbeiten in dem riesigen Umfang von schließlich, nachdem der ursprüngliche Betrag von 3 Md. $ zweimal erhöht worden war, 3,612 Md. $[103]. Hiervon sollen 800 Mill. $ bereits im laufenden Jahr verausgabt werden; unter anderem sind 250 Mill. für Schiffe und Flugzeuge, 400 Mill. für Straßenbau, 115 Mill. für Fluß-

101. DV 21. 7. 33, 1203.
102. z. B. DV 5. 12. 30, 301.
103. DV 5. 5. 33, 863; 26. 5. 33, 972; 23. 6. 33, 1077.

regulierungen und 100 Mill. $ für den Bau von Postgebäuden und Kraftwerken vorgesehen. Ferner sollen schlechte Böden aufgeforstet werden. Unter den Vorhaben befindet sich der Lieblingsplan Roosevelts, die Industrialisierung des Tennessee-Tals mit den Muscle-Shoal-Werken, wodurch zwei Millionen Menschen dauerhaften Unterhalt finden sollen. Die Lohnquote der Arbeiten soll 80% betragen, ein recht hoher Ansatz, der nur bei sehr arbeitsintensiven Vorhaben erreichbar sein dürfte[104]. Dem Gesetzestext nach werden die Mittel durch langfristige Anleihen aufgebracht, deren Dienst durch neue Steuern bestritten[105]. Um die Durchführung der Arbeiten zu beschleunigen, soll gewissen Plänen zufolge der Staat selbst als Unternehmer auftreten, indem er z. B. Eisenbahnbaustoffe bei den Stahlgesellschaften kauft, wozu die schwer verschuldeten Eisenbahngesellschaften nicht in der Lage sind, und dann an die Linien de jure „weitervermietet", in Wahrheit verschenkt[106]. Jedenfalls hat die Refico schon direkte Kredite zur Elektrifizierung von Bahnstrecken gegeben[107].

Viertes Kapitel: **Vereinigung mittelbarer und unmittelbarer Arbeitsbeschaffung, als Beispiel die deutsche Arbeitsschlacht von 1933.**

a) Die unmittelbare Arbeitsbeschaffung.

16. Um die Jahreswende 1932/33 trat in Deutschland mit dem Gereke-Programm (§ 10) neben die mittelbare in stärkerem Maße die unmittelbare Arbeitsbeschaffung. Mit größter Energie förderte dann die Regierung Adolf Hitlers beide Arten. Wir geben zunächst einen Überblick über die unmittelbare Arbeitsbeschaffung. Das „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 1. 6. 33[108], das wir im folgenden Juniprogramm nennen werden, sieht den Einsatz von einer Milliarde RM. möglichst bis 1. 7. 34[109] vor. Die Finanzierung erfolgt durch sogenannte Arbeitsschatzanweisungen des Reiches, die 1934—38 zu je $^1/_5$ vom Reiche eingelöst werden. Diese Schatzanweisungen dienen als Deckung für die Vorfinanzierung durch Wechsel, sogenannte Arbeitsbeschaffungswechsel, die

104. Auswirkungen der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung, 3.
105. DV 14. 7. 33, 1167; 11. 8. 33, 1291.
106. FZ 3. 10. 33, 3.
107. DV 10. 11. 33, 245.
108. RGB 2. 6. 33 Nr. 60, 323.
109. RGB 1. 7. 33 Nr. 73, 425.

von den Unternehmern auf ein halböffentliches Institut, die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG., genannt Oeffa, die Rentenbank-Kreditanstalt, die Bau- und Bodenbank oder die Siedlungsbank, gezogen, von ihm akzeptiert und bei den Banken diskontiert werden; diese haben die Rediskontzusage der Reichsbank. Damit wird eine Inanspruchnahme inflatorischen Kredits vermieden, solange das Bankensystem noch über anlagebedürftige Mittel verfügt und daher nicht auf die Reichsbank zurückzugreifen braucht. In dem Maße, wie die Darlehen zurückgezahlt werden, erübrigt sich die Vorfinanzierung überhaupt. Die Mittel sollen folgendermaßen verwandt werden[110]:

	in Millionen RM.	
1. Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden. Zinslose Darlehen	200	
2. Vorstädtische Kleinsiedlung. Verbilligte Darlehen	100	
3. Neubildung des Bauerntums. Verbilligte Darlehen	50	
4. Flußregulierungen. Verbilligte Darlehen	100	
5. Gemeindeversorgungsbetriebe. Darlehen	100	
6. Tiefbau (Kanal-, Hafenbauten), davon 40 Mill. für Straßenbau. Verlorene Zuschüsse	150	
7. Verschiedene Darlehen (Zinkhütte Magdeburg, Schiffahrt usw.)	135	835
8. Zuschüsse an Hausbesitzer für Wohnungsteilung und Hausinstandsetzung	70	
9. Zuschüsse für Kleinwohnungsbau	30	
10. Zuschüsse an Fürsorgeverbände für Sachleistungen an Hilfsbedürftige, davon 50 Mill. in Bedarfsdeckungsscheinen	65	165
		1000

Die Posten 1—7 mit 835 Mill. RM. dienen der unmittelbaren, die Posten 8—10 mit 165 Mill. RM. der mittelbaren Arbeitsbeschaffung.

Im Juli wurde das Gereke-Programm (§ 10) um 100 Mill. auf

110. FZ 13.8.33, 5; JKW 1.11.33, 134; Reinhardt, Arbeitsschlacht ..., 30 ff.

600 Mill. RM. erweitert; zu seiner Deckung dürfen weitere 100 Mill. RM. Steuergutscheine ausgegeben werden[111].

Dem Reich gleichzuachten sind Reichspost und Reichsbahn. Die Reichspost hat ein Beschaffungsprogramm von 76,6 Mill. RM. über ihren laufenden Bedarf hinaus aufgestellt[112]; die Reichsbahn für 1933/34 zusätzliche Aufträge im Werte von 625 Mill. RM. vorgesehen[113], zu deren Finanzierung sie unter Einschaltung der Verkehrskreditbank ihre eigenen flüssigen Mittel benutzt und nur im Notfall auf die Reichsbank zurückgreift[114].

Von diesen 625 Mill. RM. entfallen 50 Mill. RM. für den gewaltigen Plan der Reichsautobahnen, ein Netz von Kraftwagenschnellstraßen von 6500 km Länge, das ganz Deutschland überziehen soll[113]. Die Kosten werden durch Benutzungsgebühren aufgebracht; die Vorfinanzierung durch Kreditaufnahmen der Reichsbahn am Markt, äußerstenfalls bei der Reichsbank[115]. Der Aufwand je km wird auf 400 000—600 000 RM. angegeben[116]. Für den Ausbau sieht die Reichsbahn einen Zeitraum von 5—6 Jahren und 1,4—2 Md. RM. Aufwand vor[117]. Endlich dienen noch der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung die Bareingänge der im Juniprogramm vorgesehenen freiwilligen Arbeitsspende, während die unbaren Spenden, wie öffentliche Schuldtitel, dem Tilgungsfonds der Arbeitsschatzanweisungen zufließen. Die Gesamteingänge der Arbeitsspende, die bis 31. 3. 34 befristet ist, werden von Staatssekretär Reinhardt auf 150 Mill. RM. geschätzt[118]. Wir setzen für den Baranteil, um mit einer festen Zahl rechnen zu können, 100 Mill. RM. ein.

b) Die mittelbare Arbeitsbeschaffung.

1. Kostensenkung.

17. Die gleichzeitig eingeleitete mittelbare Arbeitsbeschaffung können wir in zwei Hauptgruppen teilen: in Maßnahmen, die die

---

111. RGB 14. 7. 33 Nr. 79, 464.
112. DV 11. 8. 33, 1299.
113. FZ 30. 11. 33, 9.
114. DV 17. 11. 33, 310.
115. DV 7. 7. 33, 1140; FZ 8. 6. 33, 4.
116. DV 28. 7. 33, 1217.
117. JKW 1. 11. 33, 131.
118. Reinhardt, Arbeitsschlacht ..., 80.

Kostenseite, und solche, die die Absatzseite der Wirtschaft betreffen; und hier wieder erscheint die Unterteilung zweckmäßig, ob der Absatz des Erzeugungsgüter- oder des Verbrauchsgüterbereichs gefördert wird. Der Vollständigkeit halber ordnen wir auch die früher geschilderten Maßnahmen des Papen-Programms (§§ 7 f.) hier nochmals ein. Fernwirkungen, z. B. daß Gebäudeerneuerungen neben der Belebung des Baugewerbes auch in zweiter Linie die Gewinnlage des Vermieters oder des Landwirts bessern, müssen wir vernachlässigen.

Die Kosten der Wirtschaft kann der Staat senken, indem er die Abgabenlast mindert oder zu gewissen Kostenarten, wie den Zinslasten, Zuschüsse leistet, — ohne daß diese Erleichterungen an die Auflage anderweitiger Verwendung der Ersparnis geknüpft werden.

Von den Zinssenkungen der letzten Jahre gehört z. B. die erste durch die Notverordnung vom 8. 12. 31 ausgesprochene[119] und die durch das Gemeindeumschuldungsgesetz vom 21. 9. 33[120] ermöglichte nicht hierher, weil hier nicht die Allgemeinheit den Schuldner unterstützt, sondern die Schuldnerentlastung auf Kosten der Gläubiger geht, also lediglich eine Vermögensverschiebung zwischen zwei Bevölkerungsschichten stattfindet. Wohl aber sind hier zu erwähnen die vielfachen Beihilfen des Staates für die Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Osthilfe-Umschuldung und der ländlichen Siedlung, deren Schilderung zu weit führen würde, zumal wir noch auf einzelne dieser Maßnahmen zurückkommen (§§ 68, 84).

Die Soziallasten der ganzen Wirtschaft werden gemindert durch alle Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit verringern. Im besonderen bringen die Gesetze dieses Jahres, die den Arbeitsmarkt von weiblichen Arbeitsuchenden befreien sollen, Erleichterung der Soziallasten, nämlich

1. die Befreiung aller Hausgehilfinnen von der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung durch das Gesetz vom 13. 5. 33[121] und die Ermäßigung des Invalidenversicherungsbeitrags für sie durch die Verordnung vom 16. 5. 33[122];

2. die Bestimmungen des Juniprogramms, wonach bis zu drei Hausgehilfinnen hinsichtlich der Einkommensteuer wie Minder-

119. RGB 9. 12. 31 Nr. 79, 699.
120. RGB 22. 9. 33 Nr. 102, 647.
121. RGB 13. 5. 33 Nr. 50, 265.
122. RGB 20. 5. 33 Nr. 51, 283.

jährige behandelt werden dürfen, und sie keinen Beitrag zur Arbeitslosenhilfe zu zahlen brauchen; und

3. die Gewährung zinsloser Ehestandsdarlehen, wenn die Ehefrau einen Arbeitsplatz freimacht. Dieser Begünstigung ist aber die Mehrbelastung der Ledigen und Kinderlosen gegenüberzustellen, aus deren „Ehestandshilfe" der Darlehensfonds gespeist wird.

Für die Landwirtschaft wurden über das von dem Gesetz vom 13. 5. 33 bereits erfaßte weibliche Gesinde hinaus sämtliche Arbeitnehmer durch ein Gesetz vom 22. 9. 33[123] aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen.

Ebenfalls kommen der Landwirtschaft zugute die Bestimmungen des „Zweiten Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 21. 9. 33, das wir Herbstprogramm nennen wollen[124], wonach

1. die Landesgrundsteuern um insgesamt 100 Mill. RM. gesenkt werden. Da der landwirtschaftliche Boden den Vorrang hat und diese Summe entsprechend bemessen ist, führt das praktisch zur Aufhebung der Grundsteuer für Landwirte, soweit sie von den L ä n d e r n — im Gegensatz zu den Gemeinden — erhoben wird[125].

2. die Umsatzsteuer für landwirtschaftliche Erzeugnisse einheitlich auf 1% festgesetzt wird. Das bedeutet für alle Produkte außer Getreide und Getreideerzeugnissen eine Halbierung; denn für Getreide und Getreideerzeugnisse war der Satz schon im Dezember 1931 auf 0,85% herabgesetzt worden[126] Endlich sind hier die Steuererlässe des Papen-Programms und, als Erleichterung des Lohnkontos, die Lohnzuschüsse bei Neueinstellungen zu erwähnen.

2. Erlössteigerung.

18. Allgemein der Besserung und Sicherung der Erlöse dient die Kartellgesetzgebung vom 15. 7. 33[127]. Während in der vorher allein maßgebenden Kartellverordnung von 1923 der Schutz des Abnehmers vor den Marktverbänden voranstand, wird nunmehr deren Stellung, vor allem zwecks Preissicherung gefestigt. Das kommt besonders in der Abänderung des § 9 der Kartellverordnung von

123. RGB 23. 9. 33 Nr. 104, 656.
124. RGB 22. 9. 33 Nr. 103, 651.
125. R e i n h a r d t, 67.
126. RGB 8. 12. 31 Nr. 79, 729.
127. RGB 17. 7. 33 Nr. 82, 487 f.

1923 zum Ausdruck, durch die Preisschleuderei als Grund zur Verhängung einer Sperre anerkannt wird.

Im besonderen der Belebung des Erzeugungsgüterbereichs dient das „Gesetz über Steuererleichterungen" vom 15. 7. 33[128], das Juliprogramm heißen möge. Hier wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, volkswirtschaftlich erwünschte neuerrichtete Unternehmen ganz oder teilweise von den wichtigen Steuern zu befreien. Hierher gehört weiter der Erlaß des Reichsfinanzministeriums vom 30. 11. 33, der die Finanzämter ermächtigt, Steuerrückstände jeder Art, außer der Lohnsteuer, aus der Zeit vor dem 1. 1. 33 niederzuschlagen, wenn der Steuerpflichtige bis 31. 3. 34 einen entsprechenden Betrag für Ersatz von Anlagerealkapital, Gebäudeinstandsetzung und -ergänzung, Wohnungsteilung und dergl. aufwendet[129].

Die Bauwirtschaft ist auch sonst als konjunkturelles Schlüsselgewerbe und wegen ihrer hohen Arbeitsintensität reichlich bedacht worden. Im September 1932 und im Januar 1933 wurden je 50 Mill. RM., im Juniprogramm 100 Mill. RM. als Zuschüsse zu Hausinstandsetzungen bewilligt; im Frühjahr 1933 20 Mill. RM. als Darlehen für Eigenheime[130]; und im Herbstprogramm weitere 500 Mill. RM., nicht mehr nur für Instandsetzungen, sondern auch für Ergänzungen, als Zuschüsse. Die Form öffentlicher Zuschüsse hat den Vorzug, daß der private Interessent seinerseits ebenfalls Mittel aufbringen muß, und zwar bei Instandsetzungen und Ergänzungen das Vierfache des Zuschusses und bei Wohnungsteilungen, -ausbauten und Einrichtungen des zivilen Luftschutzes ebensoviel, wie der Zuschuß beträgt. Im Herbstprogramm (§ 17) wird dem Hausbesitzer die Aufbringung der privaten Mittel dadurch erleichtert, daß das Reich ihm auf sechs Jahre je 4% des von ihm geleisteten Aufwandes in Form von Zinsvergütungsscheinen, die 1934—1939 eingelöst werden, ersetzt. Ebenfalls durch das Herbstprogramm werden neuerrichtete Kleinwohnungen und Eigenheime von den wichtigen Steuern befreit.

Durch Erlaß des Reichsfinanzministers vom 10. 10. 33 wird bestimmt, daß Aufwendungen für zivilen Luftschutz von dem Einkommen hinsichtlich der Einkommens- und Körperschaftssteuer voll abgesetzt werden können[131]. Nach dem Juliprogramm dürfen 10%

128. RGB 19. 7. 33 Nr. 83, 491
129. FZ 1. 12. 33, 1.
130. JKW 1. 11. 33, 131.
131. Reinhardt, 50.

der Aufwendungen für Instandsetzung und Ergänzung von Betriebsgebäuden vom 1. 7. 33 bis zum 31. 12. 34 von der Einkommens- und Körperschaftssteuerschuld abgesetzt werden. Alle diese Maßnahmen sollen, von anderen hier nicht zu erörternden Zwecken abgesehen, den Baumarkt anregen.

Der Belebung der Maschinenindustrie ist die Begünstigung von Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten durch das Juniprogramm gewidmet, wenn sie zwischen dem 1. 7. 33 und dem 31. 12. 34 erfolgen. Unter gewissen Bedingungen, vor allem der, daß keine Arbeiter unmittelbar verdrängt werden, kann die Kaufsumme für die steuerliche Gewinnermittlung sofort voll abgeschrieben werden. Geschieht das, so sinkt der Ertrag in der Gegenwart stark ab, steigt aber in den späteren Jahren um soviel, wie die nun nicht mehr abzugsfähige Abschreibung ausgemacht hätte. Der Anreiz zur Vornahme von Ersatzbeschaffungen liegt also hier nicht in einem Steuererlaß wie in dem letzterwähnten Fall des Juliprogramms, sondern im Hinausschieben der Fälligkeit der Steuerschuld, genauer: in der Zinslosigkeit des vom Steuerfiskus gewährten Stundungsdarlehens[132].

19. Der Erlös der Verbrauchsgütererzeugung wird allgemein durch jede Erhöhung der Einkommenssumme, besonders der Lohnsumme, gesteigert. Insofern sind alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hier anzuführen. — In dem Maße wie die Bezüge der Arbeitsdienstwilligen und der Landhelfer die Unterstützungssätze übersteigen, gehören diese Einrichtungen ebenfalls hierher. Die Kosten des Arbeitsdienstes werden von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in Form einer „Grundförderung" getragen[133], die in Weitergewährung der Unterstützung in Pauschalhöhe besteht[134] und je Kopf und Kalendertag im September 1933 von 2 RM. auf 2,14 RM. erhöht wurde[135]. Über die bisherigen Gesamtkosten ist nichts bekannt[133]. Ebenfalls von der Reichsanstalt wird der monatliche Zuschuß von 25 RM. für jeden Landhelfer getragen. „Bis Ende November gelang es, etwa 200 000 Jugendliche durch die Landhilfe unterzubringen. Seit Anfang Oktober wird auch die Einstellung von Landarbeiterfamilien durch die Reichsanstalt gefördert, und man hofft, dadurch 10 000 Familien unterbringen zu können."[133]

---

132. FZ 28. 7. 33, 3.
133. DV 22. 12. 33, 530.
134. DV 11. 9. 31, 1681.
135. FZ 9. 9. 33, 4.

Auch bei Gelingen der Kompensation nimmt die Lohnsumme mit der Arbeitsintensität zu, bis nämlich die Aufsaugung der Freigesetzten vollzogen ist, also mindestens auf kurze Frist. Auf Erhöhung der Arbeitsintensität zielt einmal das „Gesetz über die Einschränkung der Anwendung von Maschinen in der Zigarrenindustrie" vom 15. 7. 33[136] ab. Und dann ist der Steuererlaß von 10% des Instandsetzungs- und Ergänzungsaufwandes bei Betriebsgebäuden, den wir oben erwähnt haben (§ 18), an die Bedingung geknüpft, daß der Betrieb seine Lohnsumme gegenüber dem Vorjahr um den zu erlassenden Betrag erhöht haben muß. Der Unternehmer bekommt also vom Staat nur dann den Betrag x geschenkt, wenn er einmal x auf dem Baumarkt und noch einmal x auf dem Arbeitsmarkt ausgibt.

Der wichtigste Zweig der Verbrauchsgütererzeugung ist die Landwirtschaft. Die Agrarpolitik seit 1929 hat zugunsten der Erzeugung von Getreide, Kartoffeln und Zucker gewirkt. Darunter litt die Veredelungsproduktion, z. B. von Milch und Milcherzeugnissen, Eiern und Fleisch. Der Frischmilchmarkt zwar war seit 1930 durch Zwangszusammenschluß der Erzeuger und dadurch ermöglichte Angebotsregelung gefestigt; aber umsomehr gaben die Werkmilchpreise nach. Diese wiederum hängen vor allem von dem wichtigsten Milcherzeugnis, der Butter, ab. Der Butterpreis aber kann sich nur in beschränktem Umfange über die Preise der anderen Speisefette, besonders Margarine und Schmalz, erheben. Aus diesen Erwägungen heraus wurde im März 1933 eine den ganzen Fettmarkt umfassende Aktion eingeleitet. Unter der Rückendeckung wiederholter Fettzollerhöhungen kontingentierte man die Margarineerzeugung, setzte Mindestpreise dafür fest und bezog die Rohstoffe in das Maismonopol ein[137]. Im April wurde eine Verbrauchsabgabe auf Fette eingeführt, deren Erlös zur Margarineverbilligung für die minderbemittelte Bevölkerung Verwendung findet[138]. Der deutsch-niederländische Handelsvertrag kontingentierte die Einfuhr von Eiern und Käse und machte die Speckeinfuhr von der Einhaltung von Mindestpreisen abhängig[139]. Im September wurde den Margarinefabriken die Beimischung inländischen Schweineschmalzes

136. RGB 19. 7. 33 Nr. 83, 491.
137. DV 12. 4. 33, 763—66.
138. DV 5. 5. 33, 863.
139. DV 5. 5. 33, 862.

auferlegt[140]. Das im deutsch-niederländischen Handelsabkommen vorgesehene Reichsmonopol für landwirtschaftliche Veredelungserzeugnisse wurde im Dezember geschaffen[141].

Der Stützung der Veredlungsmärkte trat die Regelung der Getreidewirtschaft zur Seite. Auf Grund der ihm durch ein „Gesetz zur Sicherung der Getreidepreise" vom 26. 9. 33[142] erteilten Vollmacht bestimmte Reichsernährungsminister Darré „auskömmliche und gerechte"[143] „Festpreise" für Getreide[144].

Wenn wir Personenkraftwagen als — dauerhafte — Verbrauchsgüter ansehen, so ist hier die „Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes" vom 10. 4. 33[145] anzuführen, wodurch diese Steuer für alle nach dem 1. 4. 33 zugelassenen Personenwagen und -räder erlassen wird. Durch das „Gesetz über Ablösung der Kraftfahrzeugsteuer" vom 31. 5. 33[146] ist auch den Altwagenbesitzern die Ablösung der Steuer zu mäßigen Säatzen ermöglicht. Beide Vorschriften haben ihren Zweck, den Kauf neuer Wagen zu fördern, in hohem Maße erreicht: die Erzeugung liegt für April—August 1933 um 131%, der Absatz um 115% höher als im Vorjahr, und auch im September sind die Neuzulassungen mehr als doppelt so groß wie 1932[147].

Endlich werden die — vorzugsweise dem Mittelstand zuzurechnenden — Gewerbe begünstigt, die Kleidung, Wäsche und Hausrat herstellen und vertreiben, und zwar durch die Einrichtung des „Bedarfsdeckungsscheins", der einen Anspruch in Höhe eines bestimmten Geldbetrags auf den Bezug von Waren der genannten Gattungen darstellt; den Wert erhält der Verkäufer vom Reich. Die Scheine werden bei folgenden Anlässen ausgegeben:

1. Die durch das Juniprogramm beschäftigten Arbeitslosen erhalten neben ihrer Unterstützung und täglich einer warmen Mahlzeit je vier Wochen Arbeit im Tief- und Straßenbau 25 RM. in Bedarfsdeckungsscheinen.

---

140. DV 27. 10. 33, 158.
141. DV 22. 12. 33, 508.
142. RGB 28. 9. 33 Nr. 106, 667.
143. FZ 20. 9. 33, 1.
144. RGB 3. 10. 33 Nr. 110, 701.
145. RGB 11. 4. 33 Nr. 37, 192.
146. RGB 1. 6. 33 Nr. 58, 315.
147. FZ 3. 11. 33, 5.

2. Ebenso werden die Ehestandsdarlehen des Juniprogramms in Bedarfsdeckungsscheinen ausgegeben (§ 17).

3. Das Juliprogramm bestimmt, daß in Bedarfsdeckungsscheinen bis zum 31. 12. 33 geleistete Geschenke der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer von Lohnsteuer, Ehestandsbeihilfe, Abgabe zur Arbeitslosenhilfe und Schenkungssteuer freigestellt sind[148].

4. Von den Sachleistungen an Hilfsbedürftige des Juniprogramms (Posten 10 unserer Aufstellung in § 16) werden 50 Mill. RM. in Bedarfsdeckungsscheinen ausgegeben.

c) Überblick und Auswirkungen.

20. Soweit die geschilderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zahlenmäßig erfaßbar sind, ergeben sie folgendes Gesamtbild:

		Mill. RM.	
	I. Unmittelbare Arbeitsbeschaffung		
1.	Frühjahrsprogramm 1932 (§ 7)	165	
2.	Sommerprogramm 1932 (§ 7)	182	
3.	Gereke-Programm 1933 (§§ 10, 16)	600	
4.	Juniprogramm 1933 (§ 16)	835	
5.	Bareingänge der Arbeitsspende (§ 16)	100	
6.	Reichspostprogramm (§ 16)	77	
7.	Reichsbahnprogramm (§ 16)	575	
8.	Reichsautobahnen (§ 16)	1400—2000	3934—4534
	II. Mittelbare Arbeitsbeschaffung		
9.	Papenprogramm (§ 12)	1000	
10.	Wohnungsbau September 1932 und Frühjahr 1933 (§ 18)	120	
11.	Juniprogramm 1933 (§ 16)	165	
12.	Septemberprogramm 1933 (§ 18)	500	1785
			5719—6319

Im ganzen fließen also rund 6 Md. RM. in die Wirtschaft, ungerechnet die ziffernmäßig nicht angebbaren Subventionen, z. B. die Steuervergünstigungen, ungerechnet ferner die von Ländern, Gemeinden und Privatunternehmungen ohne Reichshilfe betriebene Arbeitsbeschaffung.

148. Reinhardt, 40.

Das Institut für Konjunkturforschung, das in einer ähnlichen Zusammenstellung[149] die Posten 5—9 ausläßt und daher zu einer Gesamtsumme von 2567 Mill. RM. gelangt, gibt an, daß von diesem Betrag 579 Mill. RM. bereits ausgezahlt seien. Wollen wir die für den Winter 1933 noch verfügbaren Mittel erfassen, so müssen wir von unserer Endsumme mindestens diese rund 600 Mill. RM. absetzen. Was von den Posten 5—9 schon verausgabt ist, mag durch die nicht erfaßbaren Vorhaben und die Steuererlässe mehr als ausgeglichen werden. Von der privaten Arbeitsbeschaffung können wir wenigstens das Maximum einer Art genauer bestimmen, nämlich der Hausbesitzerzuschüsse: von Posten 10 100 Mill., von Posten 11 70 Mill. und Posten 12 mit 500 Mill. RM. Diese insgesamt 670 Mill. RM. setzen, wenn sie voll in Anspruch genommen werden, 400% oder 100%, im Durchschnitt vielleicht das Dreifache, also rund 2 Md. RM. privater Mittel in Bewegung. Bereits verausgabt mögen die 300 Mill. RM. sein, die mit den 100 Mill. RM. von Posten 10 verknüpft sind. Dann wären allein aus dieser Quelle noch 1,7 Md. RM. neben den öffentlichen Mitteln für den Winter 1933/34 verfügbar.

21. Wie wirken sich alle diese Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt aus? Diese Frage ist vom Institut für Konjunkturforschung auf Grund der Erfahrungen des ersten Halbjahres 1933 untersucht worden[150]. Die Beschäftigten-Statistik zeigte in diesem Zeitraum eine Besserung um rund zwei Millionen. Nach der Schätzung des Instituts entfielen hiervon auf

die alljährliche jahreszeitliche Belebung	1 —1,4 Mill.
die konjunkturelle Belebung	0,3—0,7 Mill.
die Arbeitsbeschaffung von Reich, Reichsbahn und Reichspost	0,3 Mill.

Die verhältnismäßige Kleinheit der letzten Ziffer erklärt sich einmal daraus, daß nur die unmittelbaren Wirkungen erfaßt wurden, und dann daraus, daß die großen Arbeitsbeschaffungsprogramme des Sommers noch nicht angelaufen waren. Wenn inzwischen bis Ende Oktober die Zunahme der Zahl der Beschäftigten sich weiter auf 2½ Millionen[151] erhöht hat, so muß an dieser saisonwidrigen Ent-

149. JKW 1. 11. 33, 131, 134.

150. JKW 26. 7. 33 Nr. 17. Vgl. Anm. 151.

151. Beschäftigtenzahlen: 31. 1. 33 11 487 000, 30. 6. 33 13 396 000, 31. 10. 33 14 063 000; FZ 23. 8. 33, 2; DV 8. 12. 33, 448.

wicklung neben konjunktureller Besserung ein beträchtlicher Anteil der Arbeitsbeschaffung zugeschrieben werden. Reichswirtschaftsminister S c h m i t t bezifferte kürzlich den Anteil öffentlicher Maßnahmen an den erzielten Fortschritten dieses Jahres auf ein Drittel[152].

Die Abschätzung der Wirkungen der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung ist vom Statistischen Reichsamt auf deduktivem Wege versucht worden[153]. Die Arbeit unterscheidet Primär- und Sekundärwirkungen und versteht unter der Primärwirkung die Zahl der unmittelbar Beschäftigten, die sich ergibt, wenn man den Lohnanteil des Arbeitsbeschaffungsfonds durch das auf den Einzelnen entfallende Lohneinkommen teilt. Die Errechnung der Sekundärwirkungen ist die Hauptaufgabe der Abhandlung. Bei arbeitsintensiven Vorhaben, bei denen das Statische Reichsamt eine Lohnquote von 60% annimmt, werden mit einem Fonds von 100 Mill. RM. bei 100 RM. Monatslohn primär 600 000 Arbeiter auf einen Monat beschäftigt; sekundär bei 125 RM. Monatslohn 432 000 Arbeiter; zusammen also 1 032 000 Arbeiter. Bei Annahme weniger günstiger Bedingungen für die Sekundärwirkungen — es werden nicht in dem Maße Neueinstellungen und Ergänzungen des Realkapitals vorgenommen, wie die Beschäftigung gewachsen ist; es werden größere Summen als bisher zu Schuldentilgungen und Stärkung der flüssigen Mittel verwandt — bindet die Sekundärwelle nur 152 000 Arbeiter, so daß im ganzen 752 000 Arbeiter auf einen Monat Erwerb finden.

Bei kapitalintensiver Arbeitsbeschaffung, deren Lohnquote auf 30% angesetzt wird, ergibt sich bei durchweg 125 RM. Monatslohn eine Primärwirkung von 240 000 Neueinstellungen; sekundär werden 635 000, zusammen also 875 000 Arbeiter beschäftigt. Unter den oben erwähnten weniger günstigen Bedingungen schrumpft hier auch die Primärwirkung, auf 120 000 und die Sekundärwirkung auf 269 000, zusammen 389 000 Neueinstellungen.

Die Arbeit erklärt trotz des zahlenmäßig besseren Abschneidens der arbeitsintensiven Vorhaben eine Mischung beider Formen, der kapital- und der arbeitsintensiven, für am besten, vor allem, weil die arbeitsintensive längerer Vorbereitung bedarf, die kapitalintensive Arbeitsbeschaffung also schneller anläuft. Rechnen

152. FZ 12. 12. 33, 2.
153. Auswirkungen der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung.

wir schematisch mit einer Mischung beider Arten, und bei jeder einzelnen wiederum der günstigen und der ungünstigen Bedingungen zu gleichen Teilen, so erhalten wir als Durchschnittsgesamtwirkung eines Einsatzes von 100 Mill. RM. 762 000 Neueinstellungen auf einen Monat. Entsprechend umgerechnet heißt das, daß mit einer Milliarde RM. 635 000 Arbeiter auf ein Jahr beschäftigt werden können; oder daß die Arbeitsbeschaffung je Kopf auf ein Jahr 1575 RM. kostet, — gegenüber 3500 RM. in England (§ 14 a. E.). Der noch verfügbare Betrag von Arbeitsbeschaffungsmitteln, den wir auf mindestens rund 5½ Md. RM. errechnet haben (§ 20), würde also ausreichen, um rund 3½ Mill. Menschen oder nahezu die gesamten sichtbaren Arbeitslosen, deren Zahl am 30. 11. 33 3 714 000[154] betrug, auf ein Jahr in Arbeit zu bringen, — vorausgesetzt, daß sich der Einsatz einer so gewaltigen Summe auf diesen Zeitraum zusammendrängen läßt. Können diese Berechnungen auch keinen Anspruch auf Exaktheit erheben, so dürften sie doch zur Veranschaulichung der Größenordnungen, um die es sich handelt, von Nutzen sein.

Zweiter Abschnitt.

Analytische Betrachtung.

Erstes Kapitel: **Die drei Auffassungen vom Sinn der Arbeitsbeschaffung.**

a) Arbeitsbeschaffung: Schaffung wirtschaftlich sinnvoller Arbeit.

22. Was ist das Ziel der Arbeitsbeschaffung? Dem Wortlaut nach: Arbeit zu beschaffen! — Wäre der Begriff damit schon restlos bestimmt, so hätte das Problem, das mit ihm verbunden ist, keine Schwierigkeiten: Arbeitsmöglichkeiten gibt es in Hülle und Fülle, — und wäre es auch nur die Arbeit, das Wasser der Ostsee in die Nordsee zu schütten. Es darf sich also nicht um Arbeit schlechthin, sondern es muß sich um wirtschaftlich sinnvolle Arbeit handeln. Dieses Erfordernis ist erfüllt, wenn durch den Arbeitsaufwand die dringlichsten noch ungestillten Bedürfnisse befriedigt werden. In

154. FZ 9. 12. 33, 4.

der kapitalistischen Verkehrswirtschaft ist es die Aufgabe des Unternehmers, diese Auswahl vorzunehmen, indem er sich an den Preisen ausrichtet, genauer: an der Gewinnspanne zwischen Kosten und Erlösen. Der verhängnisvolle Zirkel, in dem sich die Länder mit großer Arbeitslosigkeit befinden, besteht darin, daß Nachfrageschrumpfung und Erlösabfall den Unternehmer veranlassen, die Nachfrage nach Kostengütern, vor allem nach Arbeit, einzuschränken. Der daraus entspringende Einkommensausfall wirkt sich nun wieder als Nachfrageschrumpfung und erneuter Erlösabfall aus — usf. Die Volkswirtschaft muß sich also die Befriedigung immer dringlicherer Bedürfnisse versagen.

b) Die drei möglichen Auffassungen.

23. Die Arbeitsbeschaffung soll entweder diesen Zirkel durchstoßen, oder lediglich seine unerwünschten Begleiterscheinungen mildern, — dies dann, wenn man an die Selbstheilungskräfte der unternehmerischen Verkehrswirtschaft glaubt und daher Arbeitsbeschaffung nur moralisch oder staatspolitisch, nicht aber wirtschaftlich gelten lassen will. Teilt man dagegen diesen Glauben nicht, hält man also den geschilderten Zirkel nicht für vorübergehend, sondern für zwangsläufig, und damit die Arbeitslosigkeit nicht für konjunkturell, sondern für strukturell, so obliegt der Arbeitsbeschaffung die ungleich schwierigere Aufgabe, neuen Erwerb für die endgültig freigesetzten Arbeiter zu schaffen. Zwischen diesen beiden Extremen steht eine Auffassung, die die Störungen der Verkehrswirtschaft zwar für vorübergehend hält, aber doch ihre Beseitigung oder Milderung für notwendig und möglich erklärt; für sie ist also Arbeitsbeschaffung identisch entweder mit Konjunkturlenkung, oder mit Ankurbelung des Aufschwungs.

Wir werden zunächst die Ansicht von dem Funktionieren der Automatik der heutigen Verkehrswirtschaft zu widerlegen versuchen (§§ 24—40), woraus sich der Nachweis der volkswirtschaftlichen Produktivität der Arbeitsbeschaffung ergibt (§§ 41 f.). Dann erörtern wir die Möglichkeit der Einebnung des Konjunkturzyklus (§ 43) und stecken schließlich den Geltungsbereich der „Ankurbelungsthese“ im Rahmen einer Arbeitsbeschaffung, die auf Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit ausgerichtet ist, ab (§§ 44—48).

Zweites Kapitel: **Das Versagen der Selbststeuerung der Wirtschaft.**

a) Die Kompensation in der geschlossenen Volkswirtschaft.

1. Unmittelbare Freisetzung in der Rationalisierungsstufe.

24. Für die „Automatiker" hat der Staat außer den negativen Aufgaben, die Freiheit der Märkte zu wahren, höchstens Notstandsarbeiten zu veranlassen, um die Arbeitslosen von der Straße weg zu bringen und ihre Arbeitskraft, -moral und -fähigkeit über die Krise hin durchzuhalten. Solche Maßnahmen können den natürlichen Aufschwung weder herbeiführen, noch auch nur beschleunigen, — im Gegenteil, der zu ihrer Finanzierung notwendige Kapitalentzug kann sein Eintreten hemmen. Das war die bis vor kurzem wohl noch herrschende Ansicht[155]. Diese Auffassung steht und fällt damit, daß es wirklich „natürlich" — im Sinne von: naturgesetzlich — ist, daß der Aufschwung kommt, und, was für unser Thema beim Aufschwung am wichtigsten ist, daß die im Abschwung freigesetzten Arbeiter wieder aufgesogen werden. Gelingt es nun, Tendenzen aufzuzeigen, die diese Aufsaugung verhindern, sei es, daß sie es gar nicht zum Aufschwung kommen lassen, sei es, daß sie als mächtiger Trend die Aufschwungswirkung nur auf den Arbeitsmarkt überdecken, so verliert Arbeitsbeschaffung als bloße Notstandsmaßnahme ihren Sinn. Ein solcher Trend scheint uns in der wachsenden Kapitalintensivierung der Wirtschaft in Verbindung mit der zunehmenden Verengung des Weltmarktes und anderen mehr zweitrangigen Nachkriegserscheinungen vorzuliegen.

Wir werden zunächst das Kompensationsproblem in der geschlossenen Volkswirtschaft an einem vereinfachten Schema (§§ 24—29)[156], dann die „Imperialismustheorie" (§§ 30—37) und schließlich die sonstigen Gründe für das Versagen der Automatik (§§ 38—40) darlegen.

Ein Unternehmer gehe von reiner Handarbeit — Lage A — zu Maschinenarbeit — Lage B — über. Diese „Rationalisierung" ist dadurch bedingt, daß die Kosten sich verringern, angenommen von 90 auf 85, indem bei anteiligen Maschinenkosten von 60 für Ab-

---

155. Belege in § 45.

156. Vf. verdankt weitgehende Klärung seiner Ansichten über die Kompensationstheorie Herrn Prof. Dr. Carl Landauer, jetzt Berkeley/Cal., mit dem er dieses Thema in mehreren Unterhaltungen erörterte.

schreibung — Kosten für Betriebsrealkapital vernachlässigen wir zunächst ebenso wie Zins und Grundrente — in Lage B nur noch 25 für Löhne erforderlich sind, während in A der Gesamtaufwand 90 betrug.

	Kostensumme		Gewinnsumme	Preissumme
	Löhne	Realkapitalkosten		
Lage A	90	—	10	100
Lage B	25	60	15	100

Der Erfolg der Rationalisierung ist die Gewinnerhöhung von 10 auf 15 infolge Kostensenkung von 90 auf 85. Bei freiem Wettbewerb besteht nun im Gefolge des Unterbietungskampfes um Absatzsteigerung die Tendenz, daß die Differentialrente des Unternehmers von 5 zugunsten einer Preissenkung und Verbraucherrente weggespült wird, so daß sich die Lage C ergibt:

Lage C	25	60	10	95

Wenn wir je Lohneinheit einen Arbeitsplatz und gleiche Lohnhöhe, Arbeitszeit usw. annehmen, so sind in Lage B und C 65 Arbeiter durch die Maschine unmittelbar verdrängt und davon 60 Arbeiter in der Maschinenfabrik aufgesogen worden. Es ergibt sich also eine unmittelbare Freisetzung von 5 Arbeitern, sowie ein Nachfrageausfall von 5 Einkommenseinheiten. Diesem Ausfall steht aber ein gleich hoher Kaufmittelzuwachs gegenüber: in Lage B beim Unternehmer als Differentialrente, in Lage C beim Verbraucher als Konsumentenrente. Es kommt nun darauf an, wie diese durch die Rationalisierung begünstigten Schichten ihre Rente verwenden. Wir können folgende typischen Fälle unterscheiden:

2. Die Verwendung der Rationalisierungsrente.

25. 1. Die Rente wird gehortet, worunter wir nicht nur zu verstehen brauchen, daß die Kaufmittel in den Strumpf wandern, sondern auch, daß sie lediglich der Besserung der volkswirtschaftlichen Liquidität dienen, indem etwa Bankschulden damit getilgt werden, ohne daß die Bank ihre Ausleihungen entsprechend wiedererhöhte. Dann tritt zu der unmittelbaren Freisetzung von 5 Arbeitern eine mittelbare Freisetzung in den Wirtschaftszweigen hinzu, die die unmittelbar Freigesetzten bisher beliefert haben. Dieser Hortungsfall ist die ungünstigste Möglichkeit der Rentenverwendung.

2. Der entgegengesetzte, günstigste, Grenzfall liegt vor, wenn die Rente sich unmittelbar voll in Lohneinkommen verwandelt, z. B. wenn die Unternehmer oder die Verbraucher 5 Hauslehrer oder 5 Gärtner neu anstellen, oder wenn die Unternehmer die verdrängten 5 Arbeiter bei vollem Gehalt zur Ruhe setzen. Dann hat die Rationalisierung keine Störung des Gleichgewichtes des Arbeitsmarktes zur Folge; die unmittelbare Freisetzung wird geheilt, und eine mittelbare Freisetzung kann gar nicht entstehen, da im Gegensatz zum Hortungsfall die volkswirtschaftliche Nominaleinkommenssumme nicht schrumpft.

3. Wird die Rente zum Kauf von Gütern und Diensten der Art verwendet, wie sie die unmittelbar Freigesetzten nicht mehr kaufen können, so wird zwar die mittelbare Freisetzung vermieden oder geheilt, aber die unmittelbare Freisetzung bleibt bestehen; die Verschiebung der Einkommenssumme von den Verdrängten auf die Rentenbezieher kann die Freigesetzten selbst nicht beschäftigen, wenn die Rente schon zum Ausgleich des Nachfrageausfalls der Freigesetzten aufgewendet wird.

4. Endlich kann die Rente zur Investition, also zum Kauf von Zukunftsgütern, verwendet werden. Das ist die gewöhnliche Annahme, die wohl auch der Wirklichkeit am ehesten entspricht, mindestens soweit die Rente beim Unternehmer bleibt. Wir wollen zunächst nur den Betrieb ins Auge fassen, der durch die Investition ausgeweitet worden ist. Die Kapitaldisposition von 5 reicht auf keinen Fall für fünf Arbeitsplätze aus: falls die Anlagenkapazität ausreicht, muß von dieser Summe das Betriebsrealkapital, andernfalls auch der Dienst des neuen Anlagerealkapitals neben den zusätzlichen Lohnkosten bestritten werden. Die unmittelbare Freisetzung kann also durch Investition der Rente nur zu einem — größeren oder geringeren — Teile ausgeglichen werden.

26. Wir wollen nunmehr außer dem rationalisierten Betrieb auch die Vorstufen in die Betrachtung einbeziehen, aber wiederum in dem Zeitpunkt, wo sich das neue Gleichgewicht bereits durchgesetzt hat; die Untersuchung des Übergangs, des Baus der Maschine und ihrer Anschaffung, folgt später. Es läßt sich leicht zeigen, daß die Kompensation gelingen muß, wie groß die unmittelbare Freisetzung auch sein mag. Zum Zwecke möglichster Anschaulichkeit der Darstellung dürfen wir hinsichtlich unseres Problems den Löhnen alle anderen Entgelte ursprünglicher Produktionsfaktoren, also Zins, Unternehmergewinn, Grundrente, Diffe-

rentialrente usw. gleichstellen. Denn sie alle haben das eine gemeinsam, Einkommen zu sein und — bei entsprechender Höhe — den Bezieher von der Angebotsseite des Arbeitsmarktes fernzuhalten. Den Teil des Erlöses einer jeden Produktionsstufe, der sich solchergestalt unmittelbar in Einkommen verwandelt, nennen wir die „Lohnquote"; den Rest, der als Entgelt an die Vorstufe fließt, „Sachquote". Die Sachquote löst sich in der Vorstufe wiederum in eine Lohn- und eine Sachquote auf, usf. Wir nehmen an, daß die organische Zusammensetzung der Kosten, also das Verhältnis zwischen Sach- und Lohnquote, in allen Stufen dieselbe ist — ohne diese Annahme, der die Wirklichkeit durch Errechnung entsprechender gewogener Mittel theoretisch angepaßt werden kann, wäre eine exakte Aussage unmöglich[157]. Endlich betrachten wir die Zahl der Produktionsstufen als unendlich groß, und zwar in Anbetracht dessen, daß aus der soeben gemachten Annahme gleichmäßiger organischer Zusammensetzung aller Stufen folgt, daß auch die Urproduktion, z. B. die Bergwerke, in gleichem Maße Maschinen usw., anwendet wie die Verarbeitungsstufen; die Stufenkette läuft also in sich zurück. Das Verhältnis zwischen Sach- und Lohnquote möge nun lauten wie es wolle, immer ergeben bei einer Investition der Rente von 5 die zur Bedienung der Maschine nötigen Arbeitsplätze zusammen mit den durch ihre laufende Instandhaltung und Erneuerung in den Vorstufen nötigen Arbeitsstellen genau 5. Ausgenommen sind die irrealen Grenzfälle einer rein arbeitsintensiven und einer rein kapitalintensiven Industriewirtschaft, also ein Koeffizient von 0/100 und von 100/0. In allen dazwischen liegenden Fällen bilden die kompensierenden Arbeitsplätze zusammen die Summe einer unendlichen geometrischen Reihe, die „Kompensationsreihe" heißen möge. Setzt man z. B. die Kapitalintensität gleich 80%, so beträgt in der rationalisierten Stufe die

157. Diese Annahme ist nicht nur theoretisches Erfordernis, sondern sie entspricht auch weitgehend der Wirklichkeit. Wird in einer Verbrauchsgüterindustrie ein Arbeit sparender technischer Fortschritt, etwa eine Maschine, eingeführt, so muß diese Maschine in einer neuen Maschinenfabrik, oder mindestens durch Erweiterung des Fabrikationsprogramms einer bereits bestehenden Fabrik hergestellt werden, usf. in den Vorstufen. Alle diese Ausweitungen haben bei dem Charakter der modernen Technik kapitalintensiven Charakter. Die Einführung eines technischen Fortschritts treibt also gleichsam einen neuen kapitalintensiven Keil in die Industriepyramide und erhöht damit deren Kapitalintensität in allen Stufen in ungefähr gleichem Ausmaß. — Im Ergebnis ebenso: Gregory, Rationalisation .., 562, Zeile 6—9.

Sachquote 4, die Lohnquote 1. Die Sachquote von 4 ist nun im gleichen Verhältnis aufzuteilen, so daß in der Vorstufe 0.8 Arbeitsplätze entstehen und an die Vorvorstufe eine laufende Nachfrage von 3.2 weitergeht. In der Vorvorstufe spalten sich diese 3.2 wiederum in eine Sachquote von 2.56 und eine Lohnquote von 0.64 usw. Die Kompensationsreihe lautet also: 1 0.8 0.64 0,512 0.4096 .... Bei einer Kapitalintensität von 60% lautet die Kompensationsreihe: 2 1.2 0.72 0.432 ....; bei 40% Kapitalintensität: 3 1.2 0.48 0.196; bei 20% Kapitalintensität: 4 0.8 0.16 0.032 .... Die Formel für die Errechnung der Summe unendlicher geometrischer Reihen lautet: $S = \frac{a}{1 - q,}$ in der a das erste Glied der Reihe, q den Quotienten bedeutet. Die Summe beträgt in allen Fällen, in denen q — das ist unser Koeffizient der Kostenzusammensetzung — größer als Null und kleiner als Eins ist, 5. Mit anderen Worten: die Summe der neuen Arbeitsplätze ist im neuen Gleichgewicht genau so groß wie die Zahl der durch die Maschine unmittelbar verdrängten Arbeiter.

27. Während wir bisher die Stufenzahl gleich unendlich angenommen haben und dies auch tun durften, weil es für das Ergebnis des neuen Gleichgewichts belanglos ist, ob der Strom des neuen Kreislaufs durch 5 oder durch 10 Kettenglieder kreist, bekommt dieser vernachlässigte Umstand nunmehr Bedeutung, wo wir die Durchsetzung des neuen Gleichgewichts betrachten müssen. Je größer nämlich die Gliederzahl der Kette, d. h. je vielstufiger, je kapitalintensiver der Produktionsaufbau ist, umso größer muß der Reibungswiderstand sein. Damit ist ein Gesichtspunkt zu berücksichtigen, der in die mathematische Darstellung nicht, wenigstens nicht ohne weiteres, eingeht: der Zeitablauf. Stellen wir uns ein Fischervolk mit nur zwei Produktionsstufen, den Fischern und den Netzmachern, vor. Wenn hier eine schlagartige Vermehrung der Netze, z. B. wegen Bevölkerungszuwachses, notwendig geworden und erfolgt ist, — wie die Beschaffung oder Herstellung der Netze vor sich gehen soll, interessiert hier noch immer nicht — so ist die Zahl der „Arbeitsplätze" zur Bedienung und zur laufenden Instandhaltung und Erneuerung der neuen Netze leicht und schnell bestimmt. Anders in einer kapitalintensiven, also vielstufigen Wirtschaft: hier ist die einer organischen Veränderung einer Stufe genau entsprechende Anpassung aller Vorstufen unvergleichlich schwieriger und daher zeitraubender. Man kann das, bei einigem guten

Willen, auch aus den Kompensationsreihen herauslesen. Bei geringer Kapitalintensität, z. B. einer Sachquote von 20%, werden in der rationalisierten Stufe 4, in der Vorstufe 0.8, in der Vorvorstufe 0.16 usw. Arbeitsplätze geschaffen; die Kompensationskurve setzt also hoch an und fällt steil ab. Bei hoher, etwa 80%iger Kapitalintensität setzt die Kurve viel niedriger, bei 1, an und fällt dafür viel allmählicher: 0.8 0.64 usw. Je höher die Kurve beginnt, ein desto größerer Teil der notwendigen Aufsaugung wird in der rationalisierten Stufe selbst bewirkt, desto geringere Veränderungen brauchen also die Vorstufen zur Anpassung vorzunehmen, desto leichter und schneller wird daher das neue Gleichgewicht erreicht.

28. Das bisher aufgeschobene Problem, wie denn die Maschine überhaupt beschafft werden kann, ist für das Kompensationsproblem von entscheidender Wichtigkeit, denn für die Einrichtung des neuen Produktionsweges, für den Bau der Maschine und der für ihre Vorprodukte notwendigen Einlagen usw., ist ein Vielfaches der Arbeitskräfte und der Kapitaldisposition erforderlich, wie für die laufende Bedienung und Erhaltung. Die Frage lautet also hier beim Übergangsproblem: Woher bekomme ich genügend Produktionsfaktoren für die Überfülle an Arbeitsgelegenheit?, — während das Gleichgewichtsproblem gerade umgekehrt lautet: Woher kommen genügend Arbeitsgelegenheiten für das Überangebot von freigesetzten Arbeitern? Da nun der Übergang dem Gleichgewicht zeitlich vorhergehen muß, verliert das Gleichgewichtsproblem dann an praktischer Bedeutung, wenn eine Volkswirtschaft im Übergangszustand bleiben, also ständig ihre Produktionsumwege verlangern kann.

Die Kapitaltheorie der österreichischen Schule lehrt, daß dieser Übergang, den wir auch Kapitalintensivierung oder Zurückverlegung von Arbeit nennen können, an einen Überschuß von Realkapitaldisposition gebunden ist, vor allem von Verbrauchsgütern, wenn wir, unserem Thema entsprechend, den Produktionsfaktor Arbeit in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Dieser Subsistenzmittelfonds ist nötig, um den Zeitraum zu überbrücken, in dem das alte kürzere Produktionsverfahren keine Erzeugnisse mehr, das im Ausbau begriffene längere aber noch keine Produkte liefert. Die Ansammlung eines solchen Vorrats erfordert Verbrauchsenthaltung, geldwirtschaftlich ausgedrückt: Sparen. In unserem Beispiel möge die Maschine 600 kosten, so daß sie bei einer Jahrestilgung von 60, die in die Preissumme als Realkapitalkosten eingeht, in zehn

Jahren erneuert wird. Die Sparmenge der Volkswirtschaft muß um 600 gestiegen und dieser Betrag dem Unternehmer überlassen worden sein, damit er die Maschine anschaffen kann. Die Maschinenfabrik möge auf eine Jahresproduktion von einer Maschine angewiesen sein, um in Gang bleiben zu können. Sie muß ihre Pforten schließen, wenn nicht im zweiten Jahr ein anderer Unternehmer instand gesetzt wird eine gleiche Maschine zu kaufen, indem auch in diesem Jahr die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Sparmenge anhält, — und so fort bis zum zehnten Jahr, in dem die erste Fabrik ihre Maschine abgeschrieben hat und sie mit dem Tilgungsfonds ersetzen kann. Das Anhalten der Erhöhung der Sparmenge ist also Voraussetzung dafür, daß in den Vorstufen Freisetzungen vermieden werden.

29. Nun erzeugt aber, wie wir sahen, die Maschineneinführung in dem rationalisierten Betrieb eine unmittelbare Freisetzung von 5 — wenn wir die Aufsaugung von 60 in der Vorstufe gleich berücksichtigen wollen, — deren Heilung, Nichtheilung, oder Verstärkung durch mittelbare Freisetzung von der Art der Verwendung der Unternehmer- bezw. Konsumentenrente abhängt, die die Rationalisierung hervorruft. In neun Jahren und neun Betrieben werden also 45 Arbeitskräfte freigesetzt und, wenn wir den Investitionsfall 4 als den wahrscheinlichsten allein berücksichtigen, umso langsamer wieder aufgesaugt, je vielstufiger der Produktionsaufbau ist. Bei dem schnellen Wachstum der Arbeitslosigkeit in der rationalisierten Stufe — in Wirklichkeit wird die Durchsetzung des technischen Fortschritts viel schneller als in neun Jahren erfolgen — ist anzunehmen, daß die Gleichgewichtskompensation mit der Freisetzung nicht Schritt hält, also „Reibungsfreisetzung" auftritt. Zu ihrer Heilung müßte die Produktion ausgeweitet werden. In der Verbrauchsgütererzeugung ist das nicht möglich, weil die Einkommenssumme für die Aufnahme der neuen Erzeugnisse nicht ausreicht, sondern nur in den konsumferneren Stufen, z. B. in unserer Maschinenfabrik. Die Ausdehnung des Beschäftigungsvermögens in dieser Stufe ist daran gebunden, daß ihre Abnehmer statt einer zwei Maschinen pro Jahr kaufen, also statt bisher 600 nun 1200 in der Volkswirtschaft zusätzlich gespart werden. Die Heilung der Reibungsfreisetzung einer vielstufigen Volkswirtschaft hängt daher von dem Investitionsgrad, dieser von dem Sparwillen und letzten Endes von der Sparfähigkeit der Bevölkerung ab[158].

158. Knappste Darstellung des Kompensationsproblems bei Hei-

b) Die Kompensation in der offenen Volkswirtschaft.

1. Mittelbare Subsistenzmittelversorgung.

30. Der Subsistenzgütervorrat kann gespeist werden: entweder unmittelbar aus Verbrauchsenthaltung; das ist in der geschlossenen Volkswirtschaft der einzige Weg; oder mittelbar durch Verbrauchsenthaltung. Wir meinen damit, daß ein Volk selbsterzeugte Güter oder Dienste anderen Völkern im Tausch gegen solche Güter hingibt, die Subsistenzmittel sind. Diese mittelbare Beschaffungsart hat die Vorteile der Arbeitsteilung, im besonderen der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung für sich: beschränkt sich ein Land auf die Gewerbe niedrigster komparativer Kosten, so kann es durch Ausfuhr seiner Erzeugnisse eine größere Menge der nicht selbst hergestellten Güter eintauschen, als wenn es auch diese produzieren würde. Da das gleiche auch im Ausland der Fall ist, stehen sich alle Beteiligten besser als bei autarker Wirtschaft. Bei der heutigen Technik gewinnt das Freihandelsargument noch besonderes Gewicht dadurch, daß mit der Industrialisierung die Anlageintensität und mit der Anlageintensität das Optimum des Erzeugungsumfangs wächst, so daß bei modernen Riesenbetrieben das Minimum der Stückkosten oft erst bei einer Produktmenge, die die Fassungskraft des Binnenmarkts weit übersteigt, erreicht wird.

Wieviel von dem Vorteil der mittelbaren Subsistenzmittelversorgung durch zwischenstaatlichen Tausch auf jeden der Tauschpartner entfällt, hängt von der Tauschlage (barter terms of trade), also von dem Verhältnis der Ein- und Ausfuhrmengen des betreffenden Landes ab[159]. Bei Geldwirtschaft ist die Tauschlage eines Landes umso besser, je höher der (in Gold gerechnete) Preisstand der Ausfuhrgüter und -dienste im Vergleich zum Preisstand der Einfuhrgüter und -dienste ist.

Für die Subsistenzmittelversorgung eines Landes ist neben der Tauschlage die Größe des Außenhandels im Verhältnis zum Subsistenzmittelbedarf von Wichtigkeit.

---

mann, Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, 30—35; daselbst auch das wichtigste neuere Schrifttum, das zur Ergänzung der Heimann'schen Darstellung unentbehrlich ist. — Ferner die Referate von Saitzew und Colm in Deutschland und die Weltkrise; Gregory, Rationalisation ...

159. F. W. Taußig, Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Deutsch umgearbeitet von M. Palyi. Leipzig 1929, 138 ff. und passim; J. Viner, Theorie des auswärtigen Handels. In Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Band, 106—25. Wien 1928; Keynes, Vom Gelde, 270 ff.

Im Verlauf der kapitalistisch-technischen Entwicklung ändert sich nun die zwischenstaatliche Arbeitsteilung, und zwar im besonderen ihre nicht einzige, aber wichtigste Art, nämlich die Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Rohstoffländern in bestimmter Weise. Das soll nunmehr in schematischer Vereinfachung gezeigt werden, indem wir uns eine Weltwirtschaft denken, die nur aus je einem Vertreter beider Länderarten besteht.

2. Schrumpfung des Außenhandels zwangsläufig.

31. Zunächst bezieht das Rohstoffland vom Industrieland industrielle Verbrauchsgüter, z. B. Tuche, und liefert dafür seine Landeserzeugnisse, z. B. Wolle. Später kauft es neben der bisherigen Einfuhr Zwischengüter erster Ordnung, z. B. Webstühle, indem es sich den Gegenwert stunden läßt. Mit Hilfe dieser Zwischengüter verarbeitet es einen Teil seiner Rohstoffe selbst. Nachdem das Rohstoffland seine Verbrauchsgütererzeugung — die Tuchweberei — bis zu einem gewissen Grade ausgebaut hat, bezieht es, wiederum unter Stundung des Gegenwerts, Zwischengüter zweiter Ordnung, z. B. Maschinen zur Webstuhlfabrikation, dann solche dritter Ordnung usf.; kurz, das Rohstoffland beginnt seine Industriepyramide aufzustocken. Dabei steigt seine Auslandsverschuldung an, zunächst progressiv, später in abnehmendem Grade. Denn da es technisch vorerst zunehmenden Ertrag je Kosteneinheit hat, wird im Verlauf der Kapitalintensivierung seine Gesamtproduktion ergiebiger; z. B. wird es auch in den Methoden der Schafzucht und der Wollgewinnung Fortschritte machen. Die Steigerung des Mengenprodukts ist der eine Grund, weshalb es einen immer größeren Teil der Zwischengütereinfuhr durch Ausfuhr bezahlen kann. Der andere Grund liegt darin, daß sein Einfuhrbedarf zurückgeht, in Bezug auf Arten und Mengen der Einfuhrgüter, in dem Maße, wie seine Industriepyramide wächst. (Der Einwand, daß Industrieländer untereinander die besten Kunden sind, wird unten [§§ 34 f.] behandelt.) Der Kapitaleinfuhrüberschuß schrumpft also, bis schließlich der Wendepunkt kommt, wo die Handelsbilanz des Rohstofflandes so aktiv wird, daß sie nicht nur weitere Kapitaleinfuhr erspart, sondern auch die Altverschuldung abträgt[160].

160. Diese Kurve zeigte mit der Deutlichkeit des Experiments Kanada 1900—1913. J. Viner, Canada's Balance of International Indebtedness 1900—1913. Cambridge/Mass. 1924; Auszug daraus bei F. W. Taußig,

32. Fassen wir nunmehr das Industrieland ins Auge. Seine Tauschlage ist zunächst günstig, da das Rohstoffland unter dem Einfluß des Ertragszunahmegesetzes eine sehr intensive Nachfrage nach industriellen Verbrauchsgütern und Zwischengütern entfaltet, also große Mengen seiner Rohstoffe für die Einfuhreinheit hinzugeben bereit ist. Die Gunst der Tauschlage des Industrielandes läßt aber mit der Industrialisierung des Rohstofflandes nach. Die Ausfuhr des Industrielandes wird immer weiter nach oben auf die Veredelungsleiter gedrängt, da das Rohstoffland ja zuerst die Tuche, dann die Webstühle, dann die Webstuhlmaschinen usw. selbst erzeugt. Gleichläufig kehrt sich das Verhältnis der Nachfrageintensitäten um: die des Rohstofflandes sinkt, da hochwertige Automobile oder Mikroskope leichter entbehrlich sind, als die Rohstoffe und Nahrungsmittel, auf deren Bezug das Industrieland unbedingt angewiesen ist. Dazu kommt, daß mit der Verringerung des Ertragszuwachses, also mit abnehmender Gewinnrate, der Nachfragepreis des Rohstofflandes für Erzeugungsgüter sinkt. Die Tauschlage des Industrielandes verschlechtert sich.[161]

33. Im Anfang befähigt die reichliche Subsistenzmittelversorgung das Industrieland, seine Produktionsumwege dauernd zu verlängern und dadurch die mit der Stufenzahl der Produktionspyramide wachsende Reibungsfreisetzung (§ 29) zu kompensieren. Der Subsistenzmittelzustrom dauert auch noch an, wenn die Warenausfuhr des Industrielandes bereits nachläßt, und zwar vermöge der Zins- und Tilgungsleistungen des Rohstofflandes. Aber wie wir sahen (§ 31), erschöpft sich diese Quelle, und dann kann das Industrieland sich weitere große Einfuhrüberschüsse nur leisten: entweder gegen Hingabe von Gold; Goldabflüsse läßt jedes Land aber aus Währungsgründen nur in begrenztem Umfange zu, — oder zweitens unter Stundung des Gegenwerts, also durch Kapitaleinfuhr; die Gefahren einer solchen Entwicklung sind in den Erörterungen des Reparationsproblems und noch eindrücklicher durch die deutschen Erfahrungen seit 1931 deutlich geworden. Von diesen beiden Möglichkeiten abgesehen, deren eine unzulänglich und deren andere nicht unbedenklich ist, muß mit der Schrumpfung der Ausfuhr nach

---

Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Deutsch umgearbeitet von M. Palyi. Leipzig 1929, 159—68.

161. J. Viner, Theorie des auswärtigen Handels. In Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Band, 121, errechnet für England 1900—1913 eine Verschlechterung der Tauschlage wie von 200 auf 143, also um 28½%.

Menge und Wert auch die Einfuhr, die Subsistenzmittelversorgung, zurückgehen. Der Umfang des Außenhandels verringert sich; die ergiebigere Quelle der Subsistenzmittelversorgung versiecht; und der Ersatz durch unmittelbare Verbrauchsenthaltung stößt in Industrieländern auf Schwierigkeiten. Hat sich nämlich ein Industrieland an eine hohe Lebenshaltung gewöhnt, so wird es auf den Deflationsdruck, den die Verschlechterung der Handelsbilanz hervorruft, eher mit einer Herabsetzung, als mit einer Erhöhung der Sparrate reagieren; es wird eher den gegenwärtigen Verbrauch zu Lasten der künftigen Versorgung aufrechterhalten, als ihn einschränken, um die künftige Versorgung wieder zu erhöhen. Daher wird der Subsistenzmittelfonds für die dynamische Kompensation durch dauernde Verlängerung der Produktionsumwege unzureichend.

Die Schrumpfung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen legt nicht nur die Reibungsfreisetzung bloß, die nur in langwieriger Anpassung an die durch die dauernde Kapitalintensivierung veränderte Wirtschaftsstruktur geheilt werden kann. Sie offenbart auch alle die Wirtschaftsbereiche, die zu sehr auf Außenmärkte ausgerichtet sind, als Herde struktureller Arbeitslosigkeit. Der damit verbundene Einkommensausfall verursacht wieder mittelbare, gleichfalls strukturelle, Freisetzung (§ 25).

34. Die Lehre von der zwangsläufigen Verengung des Weltmarktes für die Industrieländer ist vor allem von marxistischer Seite[162] vertreten worden. Demgegenüber haben wir versucht, an die Stelle der auch von Sozialisten[163] aufgegebenen Marx'schen Theorie die Lehre der österreichischen Schule als Grundlage der sogenannten „Imperialismustheorie" zu setzen. —

Gegen diese Theorie ist öfters der empirische Einwand erhoben worden, der Außenhandel des Industrielandes Deutschland sei gerade mit Europa, dem überwiegend industriellen Erdteil, aktiv, mit den übrigen, den Rohstofferdteilen, dagegen passiv[164]. In der Tat betrug der Ausfuhrüberschuß Deutschlands mit Europa 1931 über

---

162. Luxemburg, Akkumulation des Kapitals; Sternberg, Imperialismus.

163. z. B. C. Landauer, Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft. München und Leipzig 1931, 1, 165—72; Fritz Neißer, Die Unterkonsumtionstheorie als Imperialismustheorie. Kölner Sozialpolitische Vierteljahrsschrift 1927, 205.

164. z. B. E. Lederer in: Deutschland und die Weltkrise, 145 f.

4 Md. RM. und 1932 noch über 2 Md. RM., während der Einfuhrüberschuß aus den übrigen Erdteilen sich in beiden Jahren auf rund eine Milliarde RM. belief[165] [165a].

Dabei ist aber, erstens, die Besonderheit der Lage von 1931 zu berücksichtigen. Der durch den Gläubiger-Run auf Deutschland hervorgerufene Ausfuhrdruck folgte natürlich dem geringsten Widerstande, so daß sich der Warenstrom vor allem in die am wenigsten zollgeschützten Märkte ergoß: Großbritannien lieferte 680, die Niederlande 571 Mill. RM. Überschuß[165]. Auch das übrige Europa war damals noch nicht so protektionistisch gewappnet, wie etwa die USA. Innerhalb eines Jahres erfolgte denn auch der Rückschlag: der europäische Überschuß schrumpfte um 46,5%, während sich die Handelsbilanz mit Außereuropa um 6,6% verbesserte[166]. Zweitens ist bei dem europäischen Ausfuhrüberschuß zu beachten, daß er 1931 zu 11½%, 1932 gar zu 16½% von Rußland gestellt wurde[166], das kaum als Industrieland anzusehen ist. Ferner bedürfte es noch eingehender Untersuchungen der Produktions- und Außenhandelsstatistiken der europäischen Abnehmer deutscher Waren, die Mutterländer von Kolonialreichen sind, daraufhin, inwieweit sie nur deshalb von Deutschland einführen, weil sie ihre eigenen Produktivkräfte für den Ausbau ihrer Kolonien einzusetzen wünschen. In Frage kommen: die Niederlande, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien, also Länder, die zusammen 1931 51% und 1932 48% des deutschen Ausfuhrüberschusses[166] stellten. Eine solche Untersuchung kann noch weitergetrieben werden. Die Dreiecksausfuhr Deutschlands über England nach z. B. Afrika kann zu einer Viereckausfuhr werden, wenn noch ein Land dem Kolonialmutterland vorgeschaltet wird. Z. B. ist Dänemark als wirtschaftlicher Satellit Englands anzusehen: seine Gesamtausfuhr ging 1930 zu 62,2% und 1931 zu 64,6% nach Großbritannien[167].

---

165. WSt 1933, 105.

165a. Daß Deutschland schon vor 1914 mit Europa aktive, mit den übrigen Erdteilen passive Handelsbilanz hatte, kann nicht gegen die Lehre von der wachsenden Verengung des Weltmarktes angeführt werden, und zwar aus zwei Gründen, deren beider Gewicht zunimmt, ein je früherer Zeitpunkt ins Auge gefaßt wird: Erstens nimmt der Industriesektor Europas einen umso geringeren Bruchteil des ganzen Erdteils ein; und zweitens steht dieser jeweilige Industriesektor umso mehr in der Anfangsphase der Entwicklung, in der die Produktionsumwege ausgebaut werden und man sich reichliche Einfuhren leisten kann (§§ 32 a. A., 33 a. A.).

166. Errechnet aus WSt 1933, 105.

167. Errechnet aus Statistik Aarbog 1932. Kopenhagen 1932, 71.

35. Aber selbst wenn wir unterstellen, daß auch nach Abzug des Teiles der Ausfuhr, der auf Umwegen in die Rohstoffländer fließt, noch immer ein erheblicher Austausch der Industrieländer untereinander verbleibt, so ist damit die Imperialismustheorie nicht etwa widerlegt. Wir nennen die bisher ausführlich behandelte zwischenstaatliche Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Rohstoffländern vertikal, weil sie sich zwischen verschiedenen Verarbeitungsstufen vollzieht. Neben ihr gibt es noch die horizontale Arbeitsteilung in Bezug auf Güter annähernd gleichen Verarbeitungsgrades, z. B. wenn Deutschland an England Werkzeugmaschinen und England an Deutschland Flugmotoren liefert. Nun ist es wohl unbestritten, daß die vertikale Arbeitsteilung mit der Industrialisierung der Rohstoffländer absterben muß. Die Frage ist aber, ob nicht die horizontale entsprechend steigen kann. Sie dürfte von den meisten Freihändlern bejaht werden[168]. Nun ist zuzugeben, daß die Vorteile der Arbeitsteilung unabhängig davon gelten, ob es sich um die vertikale oder die horizontale Abart handelt, — aber nur, wenn man allein die Produktion; nicht, wenn man auch die Verteilung des Sozialprodukts in Betracht zieht, wie nunmehr zu zeigen ist.

Unter den heutigen technischen Verhältnissen heißt Arbeitsteilung Kapitalintensivierung der Volkswirtschaft, m. a. W. Verlängerung der Produktionsumwege, oder Erhöhung der Zahl der Verarbeitungsstufen. Ziel der Kapitalintensivierung ist die Erhöhung der Ergiebigkeit. Mit der Vielstufigkeit des Produktionsaufbaus wächst die Reibungsfreisetzung (§ 27 ff.), d. h. die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß erfordert einen umso größeren Zeitraum, je vielstufiger und komplizierter der Produktionsaufbau ist. Hierauf kann aus sozialpolitischen und staatspolitischen Gründen kein Staat warten, insbesondere deshalb nicht, weil jede Arbeitslosigkeit die Tendenz zur Selbstverschärfung in sich trägt (§ 22). Kampf gegen die Arbeitslosigkeit heißt: Kampf gegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Hat die Kapitalintensivierung zur Freisetzung geführt, so erfordert die Wiedereingliederung der Arbeitslosen die — künstliche — Arbeitsintensivierung der Volkswirtschaft. Waren die Produktionsumwege verlängert worden, um die Erzeugnisse der Gewerbe niedrigster komparativer

168. In diesem Sinne noch 1932 J. Marschak in Weltwirtschaftskonferenz des BT. Berlin, Mai 1932, 14 f.

Kosten gegen ebenso billige Erzeugnisse anderer Länder auszutauschen, so muß man nun, um mehr Händen Erwerb schaffen zu können, Gewerbe höherer Kostenlage im Inland ansetzen, also auf die Vorteile zwischenstaatlicher Arbeitsteilung verzichten. Die Ergiebigkeit der Produktion schrumpft, aber das kleinere Mengen-Sozialprodukt wird auf mehr Köpfe verteilt. Das Freihandelsargument krankt daran, daß es nur die Größe des Sozialprodukts, nicht aber seine Verteilung berücksichtigt![169]

Es ergibt sich, daß Protektionismus und Autarkiestreben zwangsläufige Folge der kapitalistisch-technischen Entwicklung sind. Führte diese, wie wir sahen (§ 33), bei vertikaler Arbeitsteilung infolge der Schrumpfung der Weltwirtschaft unmittelbar zu struktureller Freisetzung, so ist bei horizontaler Arbeitsteilung die Reibungsfreisetzung die Ursache, die zum Abbau der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen und damit mittelbar zur Verschärfung der strukturellen Arbeitslosigkeit in den Ausfuhrgewerben führt, soweit ihr nicht durch die Arbeitsintensivierung entgegengewirkt wird.

---

169. Als besonders deutlichen Beleg der hier bekämpften Auffassung zitieren wir B e v e r i d g e: Zölle, 48ff. Nachdem dort ausgeführt wird, daß ein zum Schutze eines gegenüber dem Ausland infolge dort entwickelter neuer Verfahren wettbewerbsunfähig gewordenen Gewerbes eingeführter Zoll die Arbeitslosigkeit mindern könne, wird er nichtsdestoweniger abgelehnt: die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit sei durch die Hemmung oder Verhinderung des technischen Fortschritts erkauft; „das Ziel der wirtschaftlichen Anstrengung ist nicht Arbeit, sondern Ertrag ... Arbeit an und für sich ist noch nicht Prosperität. Arbeit bedeutet Wohlstand nur, wenn sie für den Aufwand, den sie darstellt, ein günstiges (soll wohl heißen: das bestmögliche, L. G.) Ergebnis bringt". Und beifällig wird eine Äußerung K e y n e s' aus dem Jahre 1923 zitiert: „Wenn Protektionisten bloß meinen, daß unter ihrem System die Leute mehr zu arbeiten haben werden, so haben sie recht .. Der Protektionist muß (sc. aber) nicht bloß beweisen, daß er Arbeitsgelegenheit geschaffen habe, sondern, daß er das Nationaleinkommen vermehrt hat .. Gibt es eine Leistung des Schutzzolls, die ein Erdbeben nicht besser vollbringen könnte?" — Allen solchen Äußerungen liegt der Vorwurf zugrunde, daß Protektionismus den „Ertrag", das „Nationaleinkommen" verringere, worunter eine bestimmte Tauschwertmenge, keine Gebrauchswertmenge, verstanden wird. Verkannt wird, daß das Ziel dieses Verzichts, die ausgeglichenere Verteilung, die Gebrauchswerte des Mengensozialprodukts erhöht. Daß ein Erdbeben ebenfalls das Mengensozialprodukt verringert, ist richtig; ob es die Verteilung ausgleicht, ist völlig ungewiß. Daß größere Gleichmäßigkeit der Einkommensverteilung die Einbuße am Mengensozialprodukt nicht nur aus außerwirtschaftlichen Gründen, sondern nach ökonomisch-rationaler Deduktion, wegen Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität, lohnt, werden wir unten, §§ 41 f., zu zeigen versuchen.

36. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird aber nicht nur dadurch geführt, daß man die Arbeitsgelegenheiten im Inlande zu vermehren strebt, sondern auch dadurch, daß man die Nachfrage nach Arbeitsplätzen möglichst drosselt. Zu der Abwehrfront gegen ausländische Waren tritt die Abwehrfront, die gegen den Zustrom von Menschen gerichtet ist. Die Einwanderungsbeschränkungen insbesondere der überseeischen Rohstoffländer verschärfen die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern in doppelter Weise: unmittelbar durch die Zurückstauung der Arbeitslosen, die nicht auswandern können, und mittelbar dadurch, daß der Investitionsbedarf in den menschenarmen Ländern, den jede einwandernde Arbeitskraft hervorruft und der zu erheblichem Anteil gleichzeitig Einfuhrbedarf aus den Industrieländern ist, nicht zur Entstehung gelangt.

3. Kriegsschulden.

37. Bisher haben wir die natürlichen Tendenzen zur Verschlechterung der Weltwirtschaftslage und insbesondere der Stellung der Industrieländer darin betrachtet. Diese Tendenzen sind nun noch künstlich durch den Tatbestand der Kriegsschulden verschärft worden. Gerade Deutschland hat als Schuldner letzter Hand unter ihrem Druck am meisten zu leiden gehabt. Wir sehen von der Komplizierung des Problems durch die sogenannte unechte Übertragung ab, da es für uns unwesentlich ist, ob es sich um politische oder private Verschuldung handelt. Bei echter Übertragung bedeutet jede Tributleistung zunächst den Verlust der Güter und Dienste, mit denen die hingegebenen Devisen erworben worden sind. Da aber diese Güter vom Schuldnerland nur dadurch ausgeführt werden konnten, daß ihnen durch Preissenkung neue Absatzwege erschlossen wurden, muß der Preisstand der Gesamtausfuhr, also auch der Güter, die zur Bezahlung der Einfuhr des Schuldnerlandes dienten, gesunken sein. Zu dem greifbaren Verlust der Annuität tritt der Verlust, der aus der Verschlechterung der Tauschlage des Schuldnerlandes erwächst[169a]. Und auch hier wieder ist der Druck auf die Lebenshaltung des Schuldnerlandes noch verschärft worden durch die protektionistische Abwehr des „Reparationsdumpings", die Deutschland zu umso größerer Preissenkung zwecks Überspringens der Zollmauern nötigte.

169a. Keynes, Vom Gelde, 280.

c) Die Selbstverschärfung der Arbeitslosigkeit.

38. Die oben (§ 22) nur angedeutete These von der Tendenz der Selbstverschärfung der Arbeitslosigkeit ist nunmehr noch eingehender zu begründen. Gleichzeitig wird damit die Auffassung widerlegt, als ob die durch die Schrumpfung der Weltwirtschaft entstehende strukturelle Arbeitslosigkeit isoliert werden könnte, derart, daß der gesunde Teil der Volkswirtschaft nicht nur sich selbst zu tragen, sondern auch die Erwerbslosen der verödeten Ausfuhrbereiche mit durchzufüttern imstande wäre[170]. Wir führen den Gegenbeweis einmal, indem wir unabhängig von der Weltwirtschaftslage wirksame Kräfte gegen die Erreichung eines neuen Gleichgewichts aufweisen; und dann, indem wir die Unwirklichkeit eines solchen gedachten Gleichgewichtszustandes zeigen.

An sich soll der Abschwung des Konjunkturzyklus dazu dienen, die zu teuer arbeitenden Grenzbetriebe auszuscheiden, so daß Kosten und Preise und, infolge der Freisetzung von Kapital, der Zins sinken. Diese Bereinigung ist aber an genügende Beweglichkeit der Produktionsfaktoren gebunden. Der technische Fortschritt vergrößert nun den Anteil des Anlagerealkapitals am Gesamtkapital; die „fixen Kosten" steigen. Der in Anlagen investierte Kapitalteil unterscheidet sich vom Umlaufskapital vor allem dadurch, daß das Umlaufskapital in der Regel nach jeder Produktionsperiode wieder frei verfügbar wird, während das beim Anlagekapital im Zuge der allmählich Abschreibung, in vollem Umfange also erst nach Ablauf der meist vieljährigen Abschreibungsdauer der Fall ist. Der nur oder überwiegend mit Umlaufskapital arbeitende Unternehmer verläßt den Markt, sobald ihn der Wettbewerb unter die Ungewinngrenze drückt. Hat er dagegen hohe fixe Gesamtkosten, also degressive Stückkosten, so weicht er nicht mehr schon dann, wenn der Preis die Gesamtkosten nicht deckt; sondern erst, wenn nach Verzicht auf den Ersatz der Abschreibungen des Anlagekapitals auch die proportionalen Kosten nicht mehr gedeckt werden. Der Wettbewerb artet also mit dem Wachstum der fixen Kosten zur „ruinösen Konkurrenz" aus und bringt die Unternehmer

---

170. Einen solchen Zustand scheint Gregory für möglich und wahrscheinlich zu halten, wenn er „das Paradoxon eines steigenden Lebensstandards bei hoher Arbeitslosigkeit" als Ergebnis der Rationalisierungstendenz in der Industrie mutmaßt. Gregory, Rationalisation .., 566.

dazu, sich in Kartellen zusammenzuschließen, um durch Angebotseinschränkung den Preis gewinnbringend zu gestalten. Zu diesem Zweck wird entweder das Gesamtangebot auf alle Beteiligten umgelegt: dann erhöhen sich die Stückkosten infolge ungenügender Ausnutzung der Kostendegression; oder die kostenungünstigsten Betriebe werden zugunsten optimaler Ausnutzung der übrigen stillgelegt: dann treten an Stelle der „Unterbeschäftigungslasten" die „Abfindungslasten"[171] Die Hochhaltung der kartellwirtschaftlich gebundenen Preise verschärft den Druck des Abschwungs auf den in freiem Wettbewerb stehenden Teil der Wirtschaft. Außerdem hindert die Nichtausschaltung der Grenzbetriebe die Freisetzung verfügbaren Kapitals und damit die Senkung des Kapitalzinses.

Weitere Ursachen für das Versagen der Automatik sind: die sozialpolitisch und staatspolitisch bedingte Hochhaltung der Löhne und Agrarpreise (vgl. für Deutschland, England und die USA den ersten Abschnitt [§§ 1—21] dieses Teils); die Höhe der Steuerlasten als Kriegserbe, und schließlich die nunmehr zu erörternde Überhöhung des Zinses für Langkredite gegenüber dem für Kurzkredite aus anderen als den besprochenen Gründen.

39. Bei der Betrachtung der englischen und der amerikanischen Ankurbelung sind wir öfters auf die Erfahrung gestoßen, daß die Verflüssigung des Geldmarktes nicht auf den Kapitalmarkt übergegriffen hat (§§ 5 f.). Das Mißtrauen in die Zukunft ist es, das die Kapitalbesitzer dazu veranlaßt, ihr Vermögen so anzulegen, daß sie kurzfristig darüber verfügen können. Es ist oft darauf hingewiesen worden, in wie hohem Grade politische Momente, vor allem der Kriegsschuldenkomplex, an diesem Vertrauensmangel schuld sind. Die Investitionsmüdigkeit wird weiter verstärkt durch den Gewinnschwund der Wirtschaft, mit dem wir uns oben (§ 38) befaßt haben. Da diese Entwicklung mit dem Fall mindestens der reagiblen Preise verbunden ist, steigert sie den Realgehalt aller Schulden. Der mit Fremdkapital arbeitende Unternehmer wird daher geneigt sein, verfügbares Kapital aus dem Betrieb herauszuziehen und statt zur Wiederinvestition zur Schuldentilgung zu verwenden; in gleicher Weise werden Ersparnisse ihrer „natürlichen" Bestimmung, Neuinvestitionen zu tragen, entzogen. Der so entstehende Nachfrageausfall treibt die Wirtschaftsschrumpfung und dadurch wiederum

171. A. Tismer, Grenzen der Diskontpolitik. München und Leipzig 1932, 61.

den Krebs des Vertrauensmangels weiter, — kurz, die Erreichung eines neuen Gleichgewichts des gesunden Teiles der Wirtschaft ist unmöglich; die Fäulnis bleibt nicht isoliert, sondern sie frißt um sich.

40. Sehen wir aber einmal von der bisher geführten Argumentation ab und fassen wir ein Land mit hoher Arbeitslosigkeit ins Auge, das von seinem Sozialprodukt einen Teil für die Arbeitslosen abspaltet. Beschäftigungslose Massen haben auch schon in nichtkapitalistischen Zeiten einen gefährlichen politischen Zündstoff gebildet; wir erinnern an das alte Athen und an das spätrepublikanische Rom. Das Nichtstun weckt die schlechtesten Instinkte im Menschen. Auch in Ländern, die reich genug sind, ihren Arbeitslosen verhältnismäßig hohe Unterstützungen zu geben, macht das — vielleicht nicht einmal bewußte — Gefühl, schuldlos zur Erwerbslosigkeit verdammt zu sein, die Betroffenen aufsässig. Die daraus erwachsende Gefahr politischer Unruhen verschärft den Vertrauensmangel, hält also den Kapitalzins hoch und setzt damit den oben geschilderten Zirkel in Wirksamkeit.

Die Unmöglichkeit des Gleichgewichts einer Volkswirtschaft bei hoher Arbeitslosigkeit läßt sich für den Kapitalismus auch aus seinen begrifflichen Merkmalen ableiten. Wesentlich für dieses Wirtschaftssystem ist das Leistungsprinzip; die Verkehrswirtschaft beruht ja auf dem Postulat der Gleichheit von Leistung und Gegenleistung. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Alle charitative Sozialpolitik ist ein Fremdkörper in der chemisch rein gedachten kapitalistischen Ordnung der Wirtschaftsgesellschaft[172]. Nun ist zwar eine solche naturwissenschaftlich-exakte Betrachtungsweise im Bereich der Sozialwissenschaften fehl am Ort; aber wenn es auch hier keinen „luftleeren Raum" und keine „chemische Reinheit" gibt, so behalten solche deduktiv gewonnenen Erkenntnisse doch grundsätzliche Bedeutung. In unserem Zusammenhang zeigt sich das, sobald die Arbeitslosigkeit ein gewisses Maß übersteigt: die daraus entspringenden Unzuträglichkeiten liefern den Beweis dafür, daß das Durchhalten großer Massen von Arbeitslosen mit dem Leistungsprinzip des Kapitalismus unvereinbar ist.

Kann man diese Unzuträglichkeiten nicht dadurch vermeiden, daß man die Arbeitslosen durch Notstandsarbeiten von der Straße fernhält? Wir verstehen darunter Vorhaben, die als Erfolg nicht in

172. Vgl. aber § 42, wo diese — herrschende — Ansicht zu widerlegen versucht wird.

erster Linie „wirtschaftlich sinnvolle“ Bedürfnisbefriedigung durch das Arbeitserzeugnis (§ 22), sondern allein oder überwiegend Betätigungsmöglichkeiten für recht viele Menschen bieten wollen, also „Pyramidenbau“ in allen möglichen Spielarten. — Erstens kann kein Staat, und mag er noch so reich sein, es sich leisten, solche Arbeiten ebenso hoch zu bezahlen, wie wirtschaftlich sinnvolle Arbeit; tut er es doch, so sind die verfügbaren Mittel, die, zweitens, sowieso nie unendlich groß sein können, umso schneller erschöpft, und das alte Elend kehrt wieder. Und drittens wirkt eine solche „künstliche“ Beschäftigung psychisch niemals so wie normale Erwerbstätigkeit.

Drittes Kapitel: **Die Produktivität der Arbeitsbeschaffung.**

a) Produktivität und Verteilung.

41. Wir haben zu zeigen versucht, daß die Schrumpfung der Weltwirtschaft zu struktureller Freisetzung von Arbeiten führt (§§ 24—37), daß die Tendenz zur Selbstverschärfung der Arbeitslosigkeit besteht (§§ 38—40) und daß daher ein Kurieren an dem Symptom, durch Notstandsarbeiten, sinnlos ist. Damit ist Arbeitsbeschaffung, immer im Sinn von: Beschaffung wirtschaftlich sinnvoller Arbeit verstanden, als notwendig erwiesen, notwendig für den Bestand von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Ist sie aber auch volkswirtschaftlich produktiv? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns zunächst Klarheit über den vieldeutigen Begriff der Produktivität zu verschaffen suchen.[173]

Nach der Lehre der österreichischen Schule bestimmt sich der Wert der Gütereinheit eines gegebenen Vorrats nach dem Nutzen, den die unwichtigste noch mögliche Verwendung gewährt, dem sogenannten Grenznutzen. Der Grenznutzen eines Naturaleinkommens sinkt mit der Zunahme dieses Einkommens; sein Gesamtwert steigt also unterproportional und kann sogar fallen. Ein Beispiel: Bei einem Einkommensbezieher, dessen Bedürfnisse die Dringlichkeitsgrade 6, 5, 4 usw. bis herunter auf 1 aufweisen, hat ein Naturaleinkommen von einer Einheit, das gerade das dringlichste Bedürfnis stillt, den Grenznutzen und damit den Gesamtwert von 6. Bei einem Naturaleinkommen von zwei Einheiten kann das Bedürf-

---

173. Dogmengeschichte des Produktivitätsbegriffes: Wunderlich, 3—84.

nis 5 mit befriedigt werden; dann hat das Naturaleinkommen den Grenznutzen 5 und den Gesamtwert 10. Umfaßt das Naturaleinkommen drei Einheiten, so sinkt der Grenznutzen auf 4, der Gesamtwert steigt also nur auf 12. Bei vier Einheiten bleibt der Gesamtwert 12; bei fünf Einheiten sinkt er auf 10, und bei sechs Einheiten auf 6.[174]

Denkt man sich nun eine Volkswirtschaft, in der fünf Einkommensbezieher gleicher Bedürfnisstruktur, wie sie der eben geschilderte aufweist, also mit Bedürfnissen von konstant abnehmender Dringlichkeit von 6—1, nebeneinanderstehen; denkt man sich weiter, daß einer von ihnen — der „Reiche" — sechs Gütereinheiten, die vier anderen — die „Armen" — nur je eine Gütereinheit als Naturaleinkommen beziehen, so ergibt sich das Wertsozialprodukt (im Gegensatz zum Mengensozialprodukt) folgendermaßen: Der Grenznutzen des Naturaleinkommens des Reichen ist 1; der Wert also 6.1 = 6. Bei den vier Armen ist der Grenznutzen und Gesamtwert jedes einzelnen Naturaleinkommens 6. Das Wertsozialprodukt ist also 5.6 = 30.

Nun möge die ungleiche Verteilung in dieser Volkswirtschaft auf irgendeinem Wege aufgehoben werden, derart, daß der Reiche vier Gütereinheiten verliert, die jedem der vier Armen zu gleichen Teilen zuwachsen. Nunmehr beziehen alle fünf Beteiligten je zwei Gütereinheiten als Naturaleinkommen. Der Grenznutzen jedes Naturaleinkommens ist 5, der Gesamtwert also 10. Das Wertsozialprodukt beträgt 5.10 = 50. — Allein durch die gleichmäßigere Verteilung eines Mengensozialprodukts von zehn Gütereinheiten ist sein Wert von 30 auf 50 gestiegen.

Für die herrschende Auffassung ist Produktivität Marktergiebigkeit[175], also der Produktion (im Gegensatz zu Distribution und Konsumtion) zugeordnet. Wir nennen die so verstandene Produktivität Mengenproduktivität. Das Verhältnis von Mengenproduktivität, Verteilung und eigentlich volkswirtschaftlicher oder Wertproduktivität läßt sich durch folgende drei Formeln vielleicht am knappsten bestimmen:

1. Bei gegebener Mengenproduktivität hängt die Wertproduktivität von der Gleichmäßigkeit der Verteilung des Mengensozialprodukts ab.

---

174. Fr. v. Wieser, Der natürliche Wert. Wien 1889, 29, 31.

175. H. Honegger, Produktivität und Soziabilität. Conrads Jb 1927 I, 113.

2. Bei gegebener Verteilung hängt die Wertproduktivität von der Mengenproduktivität ab.

3. Ändert sich die Mengenproduktivität umgekehrt wie die Gleichmäßigkeit der Verteilung, so heben sie sich in ihrer Wirkung auf die Wertproduktivität auf — Wird z. B. durch Rationalisierung das Mengensozialprodukt gesteigert, werden aber durch den eingeführten technischen Fortschritt Arbeiter freigesetzt, so kann es sein, daß die Einkommenssteigerung bei den Beziehern der „Rationalisierungsrente" (§§ 27 f.) wegen der Abnahme des Gesamtwerts ihrer Naturaleinkommen das Wertsozialprodukt nur wenig erhöht oder verringert, während bei den Freigesetzten die Erhöhung des Grenznutzens des geschrumpften Naturaleinkommens die Verringerung des Gesamtwerts nicht ausgleicht.

b) Produktivität und Tauschwert.

42. Wir ordnen somit dem Produktivitätsbegriff den Begriff des Gebrauchs-, nicht des Tauschwertes, zu; Nutzen und Grenznutzen sind ja Gebrauchsverterwägungen. Da der Tauschwert lediglich die Bedeutung, die einem Gute im Verhältnis zu allen anderen tauschbaren Gütern zugebilligt wird, mißt, kann er nicht zum Maß für die Gesamtheit aller Güter einer Volkswirtschaft dienen; da er gleichsam in den Poren des Mengensozialprodukts steckt, fehlt ihm der archimedische Punkt, von dem aus er das Sozialprodukt umspannen könnte. Wenn man im Leben trotzdem den Wert des deutschen Sozialprodukts in soundsoviel Milliarden RM. ausdrückt, so verbindet man mit dem Bilde der betreffenden Geld- oder Goldmenge unwillkürlich die Vorstellung des Gebrauchswerthaufens, den man sich für diese Tauschwertsumme verschaffen kann.

Hat aber nicht das Mengen-Sozialprodukt eines Landes doch einen Tauschwert, nämlich gegenüber dem Ausland? Diese gedankliche Krücke können wir wegziehen, wenn wir einen geschlossenen Handelsstaat setzen, oder wenn wir uns die ganze Erde als einen Staat vorstellen. Aber auch unter den tatsächlichen Verhältnissen liegt zum mindesten eine Begriffsüberspannung darin, daß der Mietwert deutscher Wohnungen daran gemessen werden sollte, was die Engländer oder Spanier dafür hinzugeben bereit wären, — wo der überwiegende Teil des Sozialprodukts doch gar nicht in den Außenhandel eingeht!

Dem Gebrauchswertbegriff dagegen bietet sich der archimedische Punkt zur Erfassung des Mengensozialprodukts, auch in der geschlossenen Volkswirtschaft: der jährlich anfallenden Gütermenge steht unabhängig die Gesamtheit der Bedürfnisse der Volksgenossen gegenüber. Der Wert des Mengensozialprodukts wird durch die Wertproduktivität der Volkswirtschaft entsprechend unseren drei Formeln (§ 41) gemessen.

c) Ergänzungen und Folgerungen.

42 a. Diesem Gedankengang seien, z. T. in Vorwegnahme möglicher Einwendungen oder Mißverständnisse, die sich aus der Abstraktheit der Darstellung erklären, einige Bemerkungen angefügt:

1. Wenn wir sagten, der Reiche solle von seinem Einkommen vier Gütereinheiten an die Armen abgeben, so ist damit nicht gemeint, daß durch Aufteilung der großen Vermögen die Besitzlosen einen einmaligen Güterzuwachs erhalten, den sie nach ihrem Belieben produktiv oder konsumtiv verwenden könnten; sondern es ist gemeint, daß die Armen instandgesetzt, und vielleicht daraufhin überwacht, werden, ihr Einkommen auf die Dauer zu erhöhen. Das Merkmal der Dauerhaftigkeit ist ja schon für den herkömmlichen Begriff der Produktivität kennzeichnend gewesen; schon Friedrich List hat ihn mit seiner Lehre von den produktiven Kräften der „Schule" gegenüber hervorgehoben[176].

Zwischenbemerkungen: a) Der Begriff der Mengenproduktivität in Verbindung mit dem Merkmal der Dauerhaftigkeit kann mittelbar auf unseren Produktivitätsbegriff zurückgeführt werden. Die Steigerung der Marktergiebigkeit ist ja auf Steigerung der Kauffähigkeit angewiesen. Mit einer Einkommenserhöhung Einzelner ist aber den großen Gewerbegruppen, wie Landwirtschaft, Textilerzeugung, Wohnungsbau, nicht gedient; der Reiche steigert bei Einkommenszuwachs vielleicht seinen Verbrauch an Ölgemälden, nicht aber an Brot und Fleisch. Es kommt also darauf an, daß die Einkommen in die Breite zunehmen. Dem wirkt die

176. Fr. List, Das nationale System der politischen Ökonomie. Große Ausgabe der Friedrich-List-Gesellschaft, 6. Band. Berlin, 1930, 172—86; von Neueren z. B. O. Spann, Fundament der Volkswirtschaftslehre. 4. Aufl. Jena 1929, 218 f.; H. Honegger, Produktivität und Soziabilität. Conrads Jb 1927 I, 117; Wunderlich, Produktivität, 128, 296, 350.

Arbeitslosigkeit diametral entgegen. Denken wir uns die Erwerbslosenunterstützung weg, so sind die Arbeitslosen zum Aussterben verurteilt. Auf die Dauer betrachtet, ist also Marktergiebigkeit nicht möglich, wenn große Bevölkerungsteile nicht soviel erwerben, daß sie und ihre Nachkommen bestehen können. — Unsere Ableitung scheint uns der hier dargelegten gegenüber den Vorzug der Geradlinigkeit zu besitzen.

b) Daß auf lange Sicht beide Produktivitätsbegriffe zu dem gleichen Ergebnis kommen, deckt sich damit, daß die Kompensation, wie oben gezeigt (§ 26), auch bei höchster Kapitalintensivierung „schließlich" gelingen muß. Auf lange Sicht lösen sich eben alle dynamischen Probleme in die Statik auf.

2. Es hat den Anschein, als ob wir in unserer schematischen Darstellung für eine Einebnung aller Einkommensunterschiede einträten. Das liegt daran, daß wir gleiche Bedürfnisstruktur aller Volksgenossen unterstellt haben. So notwendig diese Annahme im Interesse der Einfachheit und Kürze der Ableitung war, so unwirklich ist sie auf der anderen Seite. Nur in Bezug auf das Lebensnotwendige an Nahrung, Kleidung, Wohnung, also auf die dringlichsten Bedürfnisarten und auf die höchsten Intensitäten dieser Arten kann man Gleichheit der Menschen behaupten. Und auch nur insoweit erhebt unser Schema Geltungsanspruch. Es will also nicht sagen: Die Produktivität der Volkswirtschaft wird dadurch gehoben, daß alle Einkommen gleich gemacht werden; sondern: sie wird dadurch gehoben, daß die Massen der strukturell Arbeitslosen instand gesetzt werden, den Erwerb des Lebensnotwendigen für sich und für alle Nachkommen aus eigener Kraft zu sichern. Insoweit Arbeitsbeschaffung diesem Ziele dient — wann das der Fall ist, wird im weiteren Verlauf der Abhandlung untersucht —, ist sie volkswirtschaftlich produktiv.

3. Die hier skizzierte Ausweitung des Produktivitätsbegriffes scheint uns geeignet, nicht nur die Arbeitsbeschaffung, sondern darüber hinaus den Gesamtbereich der Sozialpolitik in die Wirtschaftswissenschaft theoretisch einzuordnen. Unter Sozialpolitik verstehen wir mit D e m e t e r[177] die Staatspolitik, die die Aufgabe hat, die sozialen Mißstände, insbesondere soweit sie sich für die Arbeitermassen aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise ergeben,

177. K. D e m e t e r, Zur Soziologie der sozialpolitischen Begriffsbildung. Schmollers Jb 1926 I, 49.

nach Möglichkeit zu beseitigen. Als Hauptmißstand wird wohl allgemein die Existenzunsicherheit des Lohnarbeiters, also die Tatsache angesehen, daß diese Gesellschaftsschicht in der Regel nicht in der Lage ist, während der Dauer der Beschäftigung so viel zurückzulegen, daß bei Erwerbslosigkeit die Verelendung gebannt ist. Die Behebung dieses Übels kann unter sonst gleichen Umständen nur auf Kosten der übrigen Bevölkerungsschichten erfolgen; Sozialpolitik bedeutet also Verringerung der Einkommensunterschiede. Damit ist Sozialpolitik für die herrschende Lehre als der Ergiebigkeit der kapitalistischen Wirtschaft abträglich gekennzeichnet, mag sie auch unter anderen Gesichtspunkten erstrebt werden. Z. B. stellt Jastrow[178] der wirtschaftlichen Auffassung der Klassiker, die „als einziges Ziel des Volkswirts die Vermehrung des Volkswohlstandes" ansieht, die „soziale Auffassung" gegenüber. Diese „würde betonen, daß die Vermehrung des Wohlstandes an sich für die Bewertung eines gesellschaftlichen Körpers noch nicht entscheidend ist; hierfür kommt es vielmehr auch darauf an, wie der Wohlstand unter die verschiedenen Schichten verteilt ist .... So steht die soziale Auffassung von vornherein .. zur rein wirtschaftlichen in einem Gegensatz." — Ähnlich Heimann[179]: „Soweit Kapitalismus herrscht, ist die soziale Idee verbannt; soweit Sozialpolitik vordringt, weicht der Kapitalismus zurück." — Die wirtschaftspolitische Folgerung aus dieser Auffassung formuliert Cassel[180] dahin, daß „es sich nicht in erster Linie darum handelt, wie man das Ergebnis der Wirtschaft am besten verteilt, sondern darum, wie dieses Ergebnis .. gesteigert werden kann"; und Schumpeter[181] warnt sogar vor einer Verteilungsänderung der Art, wie sie die Reallohnerhöhung darstelle, weil dadurch das Sozialprodukt schrumpfen müsse.

Unsere Auffassung unterscheidet sich dadurch von der soeben dargelegten Meinung, daß wir unter „Volkswohlstand" oder „So-

178. I. Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft. Bd. I. Berlin 1902, 18 f.

179. E. Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus. Tübingen 1929, 118.

180. G. Cassel, Kapitalismus und Wirtschaftskrise. Nr. 8 der Neuen Folge der Druckschriften des Hansa-Bundes. Berlin NW 7, 1931, 1.

181. Joseph Schumpeter, Wenn die Finanzreform mißlingt ... DV 28. 2. 30, 696.

zialprodukt“ oder „realem Volkseinkommen“ nicht ein gewisses Angebot von Gütern und Diensten allein, sondern dieses Angebot, insoweit es mehr oder weniger dringliche Nachfrage befriedigt, verstehen. Der größtmögliche Nutzerfolg der Bedarfsdeckung ist an optimale Einkommensverteilung gebunden. Daher muß in das Maß des Wirtschaftserfolgs, in den Produktivitätsbegriff[182], die Einkommensverteilung als Merkmal eingehen. Da nun Sozialpolitik, wie wir sahen, Verteilungspolitik ist, so steht sie nicht im Gegensatz zur „eigentlichen“ oder „reinen“ Wirtschaftspolitik des Kapitalismus, sondern sie ist ein Teil davon; und da Sozialpolitik grundsätzlich den Wirtschaftserfolg nicht nur nicht schmälert, sondern sogar steigert, so ist sie nicht anti- oder unproduktiv, sondern volkswirtschaftlich produktiv.

---

182. Frida Wunderlich, Produktivität. Jena 1926, 114. — Es ist erstaunlich, wie nahe dieses gründliche Buch unserer Auffassung kommt, ohne doch den u. E. entscheidenden Schritt zu tun. Dafür zwei Beispiele: S. 123 wird zwar festgestellt, daß „die Steigerung der Produktivität .. von der Deckungs- und von der Bedarfsseite her erfolgen“ kann. Aber unter der letztgenannten Art versteht die Verfasserin den Vorrang der jeweils dringlichsten Bedürfnisse nicht innerhalb der Gesellschaft, sondern nur inerhalb der Bedürfnisgesamtheit des Einzelnen. Der Ort der so verstandenen, schlechthin unvolkswirtschaftlichen, Produktivität ist folgerichtig der einzelwirtschaftliche Haushalt. S. 238 (und ähnlich S. 254) wird „jeder Einkommensausgleich, wie er etwa vom Standpunkt höherer Konsumproduktivität gefordert werden könnte“, abgelehnt, weil er „zur Einschränkung der Akkumulation führen müßte“. Hiergegen ist erstens einzuwenden, daß die mit Einkommensausgleich verbundene Kürzung der höheren Einkommen, die heute im wesentlichen Unternehmereinkommen darstellen oder aus ihnen abgeleitet sind, nur kurzfristig ist; auf längere Sicht führt die Nachfragesteigerung zur Wiedererhöhung der Unternehmereinkommen. — Aber man mag das Kaufkraftargument in dieser Form gelten lassen oder nicht, — auf jeden Fall ist, zweitens, die Vorstellung, als ob jeder Einkommensausgleich die Sparmenge kürzen müsse, irrig. Soweit nämlich soziale Mißstände Staat und Wirtschaft bedrohen, gebietet schon das Selbstinteresse den Beziehern höherer Einkommen, deren Kürzung zum Zwecke sozialpolitischer Maßnahmen hinzunehmen. Die Frage ist nur, ob es besser ist, den Bedürftigen auf der Verbrauchsseite (Arbeitslosenunterstützung) oder auf der Erwerbsseite (Arbeitsbeschaffung) zu helfen. Wir suchen im Text (§ 65) zu zeigen, daß Arbeitsbeschaffung vorzuziehen ist, weil sie die höheren Einkommen auf lange Frist weniger belastet, als Unterstützung. Ein zu dauerhafter Arbeitsbeschaffung führender Einkommensausgleich hindert also die Akkumulation nicht nur nicht, sondern fördert sie sogar.

Viertes Kapitel: **Arbeitsbeschaffung als Bekämpfung konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit.**

a) Einebnung der Konjunktur?

43. Wir nehmen den durch die Erörterung der Produktivität der Arbeitsbeschaffung unterbrochenen Faden wieder auf und wenden uns der zweiten Gruppe der Lehrmeinungen über die Aufgabe der Arbeitsbeschaffung zu. Diese Gruppe erkennt den Strukturcharakter der Arbeitslosigkeit nicht an und verspricht sich daher von der Beeinflussung des Konjunkturzyklus für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alles. An sich würde zur Widerlegung dieser Auffassung der Nachweis des Strukturcharakters mindestens erheblicher Teile der Arbeitslosigkeit genügen. Um aber unsere Stellung nach Möglichkeit zu verfestigen, werden wir die Konjunkturbeeinflussung von ihren eigenen Voraussetzungen aus prüfen.

Eine solche Wirtschaftspolitik kann sich grundsätzlich zwei Ziele setzen: Entweder stellt sie sich die Aufgabe, die Konjunkturwelle einzuebnen oder wenigstens abzuschwächen. Das würde nach Röpke[183] bedeuten, daß man auf den „süßen Tropfen" des Aufschwungs verzichtet, um den „bitteren Tropfen" des Abschwungs nicht schlucken zu müssen. Man würde mit dem Aufschwung das „Triebwerk des wirtschaftlichen Fortschritts"[184] zerstören. Überdies erscheint die praktische Durchführbarkeit einer solchen Wirtschaftslenkung äußerst unsicher, wenn man an der heutigen auf dem freien Unternehmertum beruhenden Wirtschaftsverfassung grundsätzlich festhält.

b) Ersatz der Privatinitiative?

43 a. Oder die Wirtschaftspolitik bestrebt sich, die Funktion des Unternehmers im Aufschwung, durch Investitionen Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, zu ersetzen, soweit der Unternehmer aus Vertrauensmangel investitionsunlustig ist. Ansätze einer derartigen Politik unmittelbarer staatlicher Investitionen sind in den USA zu beobachten (§ 15). — Spannt man den Rahmen für die Wirtschaftspolitik so weit, beschränkt man die Rolle der öffentlichen Arbeiten also nicht nur auf die „Initialzündung" (§ 44), so ist damit die Aufgabe gestellt, die Investitionen so vorzunehmen, daß der Wirtschaftsaufbau nicht disproportioniert wird. Denn jedes Mißver-

183. Röpke, Krise ..., 103.
184. Röpke, 102.

hältnis würde Kapitalfehlleitung und neue Freisetzung bedeuten; das wird im zweiten Teil dieser Arbeit, bei der Besprechung des Investitionsproblems, genauer gezeigt werden (§§ 49—62). Im „idealen Markt" wahrt der Unternehmer die Verhältnismäßigkeit aus seiner richtigen Beurteilung der gegenwärtigen und zukünftigen Marktlage heraus. In der Wirklichkeit erreicht der Unternehmer dieses Ideal nur mit starken Einschränkungen, obwohl er nach Lage der Umstände diese Aufgabe auf Grund seiner Erfahrungen und unter der Drohung des Verlustes der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Existenz bei Versagen am besten meistern müßte. Wie soll sie aber vom Staat gelöst werden, bei dessen Beamtenschaft diese Voraussetzungen gar nicht in gleichem Grade gegeben sein können? Nur so, daß der Staat nicht dem Verbraucher die Wünsche „von den Lippen abliest", sondern kraft seiner Hoheitsgewalt ihm befiehlt, was verbraucht werden soll; auf diese Weise werden die Mißverhältnisse im Produktionsaufbau verwandelt in Mißverhältnisse der Bedürfnisgestaltung und -befriedigung. An die Stelle der unternehmerischen Anpassung an den autonomen Bedarf tritt der umfassende Wirtschaftsplan, der zum Herrn über die Freiheit und wenn notwendig auch über das Wohlergehen der Untertanen wird. Ein solcher Sozialismus russischer Prägung kommt für Deutschland weltanschaulich und daher praktisch politisch nicht in Frage.

c) Ankurbelung der Unternehmungslust.

44. Die herrschende Meinung stellt der Konjunkturpolitik die im Vergleich zur Konjunkturlenkung engere Aufgabe, die Stockungsphase des Konjunkturzyklus zu überwinden. Die erschlaffte Unternehmungslust soll belebt werden, durch Subventionen, oder durch öffentliche Arbeiten, wie wir das im historischen Teil ja kennen gelernt haben. Diese Maßnahmen sollen „die 'Initialzündung', die den Motor zum Anspringen bringt, früher auslösen, als es sonst geschehen würde"[185] Das war der Grundgedanke des von Röpke maßgeblich beeinflußten zweiten Gutachtens der Brauns-Kommission, das im Mai 1931 erschien. Die Reichskreditgesellschaft bezeichnet es als Aufgabe der öffentlichen Arbeiten, „den toten Punkt in der konjunkturellen Entwicklung zu überwinden"[186]. Von

185. Röpke in FZ 7. 5. 31, 4.

186. Reichs-Kredit-Gesellschaft: Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1932/33. Als Manuskript gedruckt. S. 24.

den Ankurbelungsprogrammen 1933 ist treffend gesagt worden, sie könnten nach Umfang und Wesen „nichts anderes sein, als die Belebungsspritze, die das ermattete Herz rascher schlagen läßt und den Gesamtorganismus .. mitreißt“[187]. Und endlich sei noch Reichswirtschaftsminister Schmitt erwähnt, der bei verschiedenen Gelegenheiten hervorhob, die Arbeitslosigkeit könne durch „künstliche“ Arbeitsbeschaffung allein nicht beseitigt werden; vielmehr solle „allmählich die ganze Wirtschaft erfaßt, belebt und so in Gang gebracht werden, daß der natürliche Aufschwung .. die Folge sei“[188].

45. Gegen den Ankurbelungsgedanken ist nun früher immer eingewandt worden, solche Arbeitsbeschaffung verschiebe nur die Arbeitsgelegenheiten. Denn sie müsse mit Geldern finanziert werden, die entweder der Wirtschaft unmittelbar entzogen oder inflatorisch geschaffen würden. In beiden Fällen werde das an einer Stelle durch die Arbeitsbeschaffung geflickte Loch an anderen Stellen durch die Aufbringung wieder aufgerissen. Wenn überhaupt Konjunkturpolitik, so dürfe die „Initialzündung“ nur und erst dann erfolgen, wenn die Lage dafür reif sei, in erster Linie wenn der Kapitalmarkt flüssig genug sei, um den Aufschwung aus sich heraus zu tragen.

Aus der Unzahl dahinlautender Äußerungen seien einige aus den letzten Jahren stammende beliebig herausgegriffen:

J. Schumpeter[188a]: „Jeder Aufschwung nährt sich zum Teil aus seinen eigenen Gewinnen und muß versanden, .. wenn diese .. ihrer Bestimmung entzogen .. werden.“

Carl Landauer[189]: „Ob ein Arbeitsbeschaffungsprogramm den Arbeitsmarkt wirklich entlastet, hängt .. davon ab, wie es finanziert wird.“

L. A. Hahn[190]: „Konjunkturanfachungskredite (sc. gegeben auf Basis eines unter dem Gleichgewichtsstand liegenden Zinses, also über das natürliche Kapitalangebot hinaus) bedeuten nicht Kapitalinvestierung, sondern Kapitalvergeudung.“

G. Stolper[191]: „Nur mit der Kapitalnot zugleich (kann) die Arbeitslosigkeit überwunden werden.“

---

187. FZ 30. 7. 33, 3.

188. FZ 14. 7. 33, 1.

188a. J. Schumpeter, Wenn die Finanzreform mißlingt .. DV 28. 2. 30, 698.

189. C. Landauer, Ankurbelung. DV 15. 8. 30, 1567.

190. L. A. Hahn, Die Wirtschaftskrise. DV 12. 9. 30, 1698.

191. G. Stolper, Dietrichs Plan. DV 16. 1. 31, 509.

G. Cassel[192]: „Hat man .. mit .. Kapitalknappheit zu rechnen, so bedeuten (öffentliche Notstandsarbeiten zur Arbeitsbeschaffung) lediglich .. Überführung von Kapital von einer Verwendung zur anderen."

Carl Landauer[193]: „Kreditausweitung (sc. zwecks Finanzierung großzügiger Arbeitsbeschaffung) würde .. die endgültige Lösung (der Krise) in unheilvollster Weise verzögern."

G. Stolper[194]: „Man verkennt .., daß die Idee der 'Initialzündung' reinste Mystik ist. Kein elektrischer Funke kann zünden, wenn das Gas nicht da ist, das den Antriebsstoff darstellt."

Ders.[195]: „Das Verlangen nach Arbeitsbeschaffung wurzelt in einem doppelten Mißverständnis: Man glaubte, daß es an Auftragsmöglichkeiten fehlte, während es .. nur an Finanzierungsmöglichkeiten fehlte. Und man glaubte, einen Motor ankurbeln zu können, dem nichts fehlte, als der nötige Brennstoff: das Kapital .. Staatliche Aufträge hätten einsetzen können, wo (außer der Privatinitiative) sonst alle Voraussetzungen für einen Aufschwung gegeben waren, (vor allem) bereitwilliges reichliches Kapitalangebot."

Im Oktober 1932 berichtete der Deutsche Volkswirt von einem gemeinsamen Aufruf bedeutender englischer Nationalökonomen an das englische Volk, weniger zu sparen und mehr zu verbrauchen, und von einer Erwiderung einer anderen Gruppe, der u. a. Gregory und Hayek angehörten. „Die Opponenten haben sich .. besonders gegen die These gewandt, daß vermehrte öffentliche Aufwendungen nützlich seien. Sie müßten .. dazu führen, daß entweder die Steuern, oder die Zinsen sich erhöhten, was beides den Aufstieg hindern würde."[196]

Die Wirtschaftlichen Mitteilungen der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft: „Kapitalbildung ist .. die allein wirksame Arbeitsbeschaffung".[197] Nicht öffentliche Arbeitsbeschaffung, sondern „die natürliche Gesundung der Gesamtwirtschaft" allein kann „wirkliche Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit .. bringen".[198] — Ähnlich auch an zahlreichen anderen Stellen.

W. Sulzbach[199]: „Hat .. die Depression aus sich selbst noch nicht ihr Ende erreicht, dann kann ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm zwar trotzdem gerechtfertigt sein. Es will aber bezahlt werden. Und die Kosten trägt eben die Währung."

---

192. G. Cassel, Kapitalismus und Wirtschaftskrise, 8 f.

193. C. Landauer. DV 6. 5. 32, 1049.

194. G. Stolper, Arbeitsbeschaffung. DV 19. 2. 32, 673.

195. G. Stolper, Wirtschaftsprogramm. DV 2. 9. 32, 1603.

196. DV 28. 10. 32, 101.

197. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft: Wirtschaftliche Mitteilungen 1932, 163.

198. ebenda 1933, 3.

199. W. Sulzbach, Arbeitsbeschaffung und Währung. DV 13. 1. 33, 467. — Dieser Aufsatz stellt eine ziemlich vollständige Übersicht der Auffassungen dar, die wir in dieser Abhandlung zu widerlegen versuchen. Da er jedoch weniger auf theoretische Haltbarkeit, als auf eingängige Darstellung abgestellt ist, scheint es uns nicht lohnend, uns mit ihm im einzelnen auseinanderzusetzen.

„Schließlich noch zwei Zitate aus der Frankfurter Zeitung:

„Arbeit schaffen muß und kann in erster Reihe nichts anderes heißen, als alles vermeiden, was die Wiederbelebung der Wirtschaft stören würde. Positive Maßnahmen .. finden ihre Rechtfertigung lediglich darin, daß sie die natürlichen Aufsaugungstendenzen unterstützen und beschleunigen."[200]

„Jeder kreditpolitische Interventionismus (hat) die Krise nicht gemildert, sondern sie erschwert und ihre Liquidation verzögert."[201]

An diesen Gedankengängen ist soviel zweifellos richtig, daß das Kapitalangebot, das legitim durch freiwilliges Sparen gespeist wird, der Nachfragesteigerung im Aufschwung entsprechen muß. Gemäß dem überragenden Anteil des Anlagerealkapitals in der heutigen Produktionsweise handelt es sich vor allem um langfristig verfügbare Mittel. Nun sind solche Mittel knapp. Erstens entstammt der größere Teil des Angebots auf dem Kapitalmarkt nicht der Ersparnis, sondern unterlassener Wiederinvestition bei Unternehmungen, die ihren Betrieb eingeschränkt oder aufgegeben haben[202]. Während es für diese Mittel natürlich ist, daß der Unternehmer sie in jederzeit verfügbarer Form, also kurzfristig, ausleiht, widerspricht die Kurzfristigkeit dem Wesen der Ersparnis. Schuld an dieser Anomalie ist der Vertrauensmangel (§ 39), ein Glied in dem Ursachenring des Schrumpfungszirkels der Wirtschaft. Mit dem damit verbundenen Einkommensschwund wird der Sparbildung die Quelle abgegraben. Steigerung der Ersparnisse, wie Steigerung des Vertrauens, das die Sparer dazu bringt, ihre Ersparnisse langfristig herzugeben, hängt von der Einkommenssteigerung ab, und diese wieder hat den Aufschwung zur Voraussetzung. Es ist also irrig, die Ankurbelung des Aufschwungs von der Steigerung des Kapitalangebots abhängig machen zu wollen, da umgekehrt dieses Angebot erst durch den Aufschwung und mit ihm wachsen kann[203]. Da Deutschland weder auf ausländische Kapitalanlagen zurückgreifen kann, noch Auslandskredit in Anspruch nehmen will[204], wenn er ihm überhaupt angeboten würde, so kann eine Ankurbelungspolitik nicht von der Besserung des Kapitalmarktes abhängig gemacht werden.

---

200. FZ 12. 1. 33, 3.

201. FZ 19. 3. 33, 5.

202. So schon für 1930 Landauer, DV 15. 8. 30, 1569.

203. Ähnlich G. Colm, Die Krisensituation der kapitalistischen Wirtschaft. AS 1933, 402.

204. Über die bekannte Stellungnahme Dr. Schachts z. B. FZ 30. 5. 33, 1.

46. Neben der Finanzierung ist der Erfolg der Ankurbelung umstritten. Das mit diesem Ausdruck gebrauchte Bild des Motors der Wirtschaft, der durch die Arbeitsbeschaffung angeworfen werden soll, verführt zu einer falschen Auffassung der Sachlage. Das Gleichnis legt nämlich die Auffassung einer im naturwissenschaftlichen Sinne zwangsläufigen Verbundenheit von Zündung und Anlaufen aus eigener Kraft nahe. Ein derartiger ursächlicher Zusammenhang kann aber im Bereich der Sozialwissenschaften wegen ihres psychologischen Einschlags, und in unserem Fall wegen der Verwickeltheit der Umstände im besonderen nicht bestehen. Das zeigt auch die Erfahrung, wie wir im ersten Abschnitt besonders an dem Beispiel der USA gesehen haben.

Kann man sich also auf den Zündungserfolg des Ankurbelungsaufwands nicht verlassen, so erfordern Verantwortungsbewußtsein und ökonomisches Prinzip, die Arbeitsbeschaffung nicht oder nicht allein auf die psychologische Zündung auszurichten. In diesem Sinne hat Staatssekretär Reinhardt vom Juniprogramm (§ 16) hervorgehoben, es solle nicht nur eine „Initialzündung" bringen, sondern die Arbeitslosigkeit durch dauernd wirksame Maßnahmen vermindern[205].

47. Was bisher für und wider die Ankurbelung des Aufschwungs gesagt wurde, gilt unabhängig von dem Bestehen struktureller Arbeitslosigkeit. Nun läßt sich aber dieser Tatbestand in der Wirklichkeit nicht isolieren, wie oben gezeigt (§§ 38—40), sondern er gleicht einer um sich fressenden Fäulnis. Aber selbst wenn wir die Möglichkeit der Abkapselung zugeben wollten, so würde mit dem Gelingen der Ankurbelung doch nur die konjunkturelle Arbeitslosigkeit beseitigt sein, nicht aber die strukturelle.

d) Arbeitsbeschaffung soll durch die Schaffung von Arbeitsstellen für die strukturell Arbeitslosen die konjunkturelle Arbeitslosigkeit bekämpfen.

48. Beide Gründe, die Unsicherheit des Ankurbelungserfolgs und das Bestehen struktureller Arbeitslosigkeit lassen eine Arbeitsbeschaffung, die lediglich auf die Aufsaugung der konjunkturell Freigesetzten gerichtet ist, als wenig sinnvoll erscheinen. In erster Linie muß vielmehr die strukturelle Arbeitslosigkeit ausgeräumt

205. FZ 28. 8. 33, 2.

werden. Zu diesem Zweck müssen neue Arbeitsplätze, zum Ersatz der für immer vernichteten Erwerbslosigkeit, geschaffen werden. Die für diese Neuschöpfung nötigen Arbeiten können nun, in zweiter Linie, der Konjunkturankurbelung dienen. Hieraus ergibt sich die Forderung der Planmäßigkeit der Arbeitsbeschaffung. Ist sie nur dazu bestimmt, Notstände der Krise zu mildern, oder zur Anregung der Unternehmungslust die Umsätze zu steigern, so liegt der Schwerpunkt des Problems auf der Finanzierung: wird der Wirtschaft auch nicht das für den Aufschwung erforderliche Kapital entzogen? — nicht aber auf dem Ort der Investition. Soll dagegen nicht nur Arbeit, sondern Arbeitsstellen geschaffen werden, so muß die Arbeitsbeschaffung planmäßig sein, d. h. jede Disproportionierung des Produktionsgefüges zu vermeiden suchen; denn sonst würde der dynamische Rückschlag die Arbeitsbindung an der einen Stelle durch Freisetzung an anderen Stellen aufheben. — Weiter folgt aus dem ökonomischen Prinzip die Forderung, daß die gegebene Wirtschaftsstruktur nach Möglichkeit erhalten bleibe. Jeder Umbau der Wirtschaft entwertet Anlagerealkapital und zwingt zu Neuerrichtung an anderer Stelle. Je mehr Anlagen aber neu geschaffen werden müssen, desto geringer ist die Zahl der neuen Arbeitsstellen, die auf einen gegebenen Aufwand an Arbeitsbeschaffungsmitteln entfallen, — eine Größe, die wir der Kürze halber den „Dauererfolg" der Arbeitsbeschaffung nennen. Die nur zeitweise Arbeitsbindung während der Schöpfung der Arbeitsstellen möge der „Zeiterfolg" der Arbeitsbeschaffung heißen.

Fassen wir die Bedingungen noch einmal kurz zusammen, unter denen der Dauererfolg optimal ist:

1. je weniger der Produktionsaufbau disproportioniert wird, bezw. je weniger bestehende Mißverhältnisse versteift werden; und

2. je weniger neue Anlagen erstellt werden, je mehr also die Arbeitsbeschaffungsmittel als Betriebskapital für bereits bestehende Anlagen verwendet werden; m. a. W. je arbeitsintensiver die Neuinvestitionen sind.

Diese Merkmale sollen uns als Maßstab und Richtschnur dienen, wenn wir im zweiten Teil nunmehr zur Erörterung des Investitionsproblems der Arbeitsbeschaffung schreiten.

Zusammenfassung.

Die nach dem Krieg aufgetretene Massenarbeitslosigkeit hat zu Staatseingriffen auf der Angebots- und der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes gezwungen, und hier wieder als mittelbare und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, wofür die Ankurbelungsbemühungen in England, den USA und der deutsche Papen-Plan als Beispiele dienen können. Die deutsche „Arbeitsschlacht" von 1933 vereint beide Verfahren. Für den Winter 1933 sind insgesamt 5½ Md. RM. verfügbar, mit denen etwa 3½ Mill. Menschen auf ein Jahr beschäftigt werden können; je Kopf entstehen 1575 RM. Jahreskosten, gegenüber 3500 RM. in England.

Die analytische Betrachtung der Arbeitsbeschaffung ergibt einen dreifachen Sinn dieses Begriffes:

1. Glaubt man, daß die Selbststeuerung der unternehmerischen Verkehrswirtschaft notwendig und ausreichend zur Behebung der Arbeitslosigkeit sei, so sind allein „Notstandsarbeiten" zulässig. Dieser Glaube ist an die Schlüssigkeit der Kompensationstheorie gebunden. Nun läßt sich zwar das endgültige Gelingen der Kompensation, selbst in der geschlossenen Volkswirtschaft, nachweisen; die Kompensation hat aber erst „Reibungsfreisetzung" zu überwinden. In der in die Weltwirtschaft eingegliederten („offenen") Volkswirtschaft ist die Kompensation durch „mittelbare Subsistenzmittelversorgung" im Wege zwischenstaatlicher „vertikaler Arbeitsteilung" wesentlich erleichtert. Aber diese Erleichterung nimmt im Laufe der kapitalistischen Entwicklung der Welt zwangsläufig ständig ab, zumal die „horizontale" nicht an Stelle der vertikalen Arbeitsteilung zu treten vermag. Die somit großenteils strukturelle Arbeitslosigkeit trägt überdies die Tendenz zur Selbstverschärfung in sich. Ihre Bekämpfung durch Arbeitsbeschaffung ist also notwendig, aber auch „produktiv", wenn dieser Begriff über den bisher üblichen Sinn der Marktergiebigkeit hinaus durch Berücksichtigung der Einkommensverteilung erweitert wird. Der so gefaßte Produktivitätsbegriff ermöglicht die Auflösung des Gegensatzes zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik im engeren Sinne.

2. Die Ansicht, Arbeitsbeschaffung solle sich auf die Bekämpfung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit konzentrieren, ist durch den Nachweis einmal des Strukturcharakters eines erheblichen Teiles der Arbeitslosigkeit, und dann ihrer Tendenz zur Selbstverschärfung widerlegt. Auch abgesehen davon erscheinen

die Möglichkeiten der Konjunktureinebnung und -lenkung wenig aussichtsreich. Sinnvoll dürfte lediglich eine „Ankurbelung" des Aufschwunges sein, — aber nur wenn sie

3. mit der Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit durch Schaffung neuer Arbeitsstellen verbunden ist, derart, daß diesem Ziel die Arbeitsbeschaffung für die konjunkturell Freigesetzten untergeordnet ist.

Der optimale Ort des Einsatzes der Arbeitsbeschaffungsmittel ist nicht die Industriewirtschaft. Dies wird, unter Ablehnung induktiver Verfahren, an drei schematischen Fällen: der Anregung des Verbrauchs und der Verbrauchsgütererzeugung, des Erzeugungsgüterbereichs und der ganzen Wirtschaft, auch bei Ausgehen von einem irgendwie gearteten Ungleichgewicht, gezeigt. Doch gilt dies Urteil nur bei — theoretisch notwendiger — Außerachtlassung irrationaler Abbiegungen des wirtschaftlichen Handelns.

Als optimaler Ort erweist sich vielmehr wegen ihrer geringeren Kapitalintensität die Landwirtschaft, im besonderen die bäuerliche Familienwirtschaft. Die Schaffung neuen Bauerntums hat gegenüber dem Durchhalten der strukturell Arbeitslosen den Vorzug, den Staatshaushalt weniger zu belasten, als die Arbeitslosenhilfe. Ferner dient die innere Kolonisation dem Kampf sowohl gegen die konjunkturelle, wie wegen der Krisenfestigkeit der Bauernwirtschaft gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus ist die Siedlung produktiver als das Großgut, dem sie entstammt, weil sie die höhere „Mengenproduktivität" und „Arbeitsstellendichte" aufweist. Auch hinsichtlich der „kurzfristigen Produktivität", der Marktleistung, ist sie überlegen. Schließlich weist sie noch außerwirtschaftliche Vorzüge auf. Damit die Siedlung diese Erwartungen möglichst erfüllt, muß sie entsprechend in den Markt eingeordnet und müssen gewisse Bedingungen hinsichtlich ihres Betriebs und der Menschenauslese und -ausbildung gegeben sein. — Die innere Kolonisation ist in Deutschland nicht durch Menschenmangel, sondern durch Hemmungen der Planung (einschließlich der Finanzierung) und durch die Bodenknappheit begrenzt. Der für sie anfallende Bodenvorrat ist auf vielleicht 6 Mill. ha zu veranschlagen, auf denen etwa 1,75 Mill. Vollbeschäftigte angesetzt werden können. Ein — maximales — Jahresprogramm von 100 000 Vollsiedlungen würde 1½—2 Md. RM. kosten.

Schreibt man der Arbeitsbeschaffung als Hauptaufgabe die Bekämpfung konjunktureller Arbeitslosigkeit zu, so steht die Finan-

zierungsfrage im Vordergrund. Für uns dagegen liegt der Schwerpunkt auf dem im vorhergehenden erörterten Investitionsproblem. Unabhängig von der Art des Einsatzes ist die Aufbringung der Mittel für die Arbeitsbeschaffung optimal, wenn sie entweder durch Umlenkung andersartiger Staatsausgaben, oder durch Erfassung „freigesetzten Kapitals" und flüssiger Ersparnisse erfolgt. Hierzu sind Besitzsteuern ungeeignet, weil sie im gesunden Teil der Wirtschaft „Aufbringungsfreisetzung" hervorrufen. Verbrauchssteuern eignen sich nur in dem — unzureichenden — Umfange, in dem das Steueropfer hingenommen wird. Die Wahrscheinlichkeit des „Aufbringungserfolges" ist bei Staatsanleihen der Art, aber ebenfalls nicht dem Umfange nach gegeben. Letztes Aufbringungsmittel ist die Kreditschöpfung. Außenwirtschaftlich kommt es darauf an, durch geschickt bemessenen Devisenzwang und Protektionismus eine Gefährdung der Währung zu verhüten; binnenwirtschaftlich darauf, daß die Kreditschöpfung nicht zur „Inflation" ausarte. Die Hauptvoraussetzung dafür ist, daß die Lebenskosten der Arbeiterschaft nicht steigen. Der Teuerung wird zunächst durch vorhandene Vorräte und die Kostendegression entgegengewirkt; ein weitergreifendes Mittel ist die künstliche Senkung der Lebenskosten der Arbeiterschaft durch Preisstufung. Entscheidend aber ist die Opferbereitschaft von Unternehmertum und Gesamtvolk.

Schrifttum.

Arbeitsbeschaffung. Gemeinschaftsarbeit, herausgegeben von Dräger u. a. Berlin 1933.

Agrarkonferenz der Friedrich-List-Gesellschaft, Oeynhausen 1933 (nicht im Buchhandel). Protokolle der mündlichen Verhandlungen und Gutachten. 4 Bände. — Abkürzung: Oeynhausen.

Auswirkungen der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung. Sonderbeilage zu WSt 1933 Heft 21.

Fr. Beckmann: Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus II. Schmollers Jb 1927 (51), 49—91.

W. H. Beveridge: Unemployment, a Problem of Industry. 2. Aufl. London, New York, Toronto 1930.

S. Brödrich: Zur Technik der Siedlung. Oeynhausen IV, Gutachten Nr. 14.

G. Cassel: Kapitalismus und Wirtschaftskrise. Vortrag Nr. 8 der Neuen Folge der Druckschriften des Hansa-Bundes. Berlin NW 7, 1931.

Deutsche Agrarpolitik. Sammelwerk. Herausgegeben von der Friedrich-List-Gesellschaft. 3 Bände. Berlin 1932. — Abkürzung: DAP.

Die Deutsche Landwirtschaft. Sonderheft 50 der BüL. Herausgegeben von Sering. Berlin 1932. — Abkürzung: DLW.

Deutschland und die Weltkrise. Dresdener Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik. SVSp Band 187. München und Leipzig 1932.

C. v. Dietze: Über ländliche Siedlung. Conrads Jb 1928 I (73), 38—48.

C. v. Dietze: Gegenwartsaufgaben der inneren Kolonisation. AS 1932 (67), 447—65.

Enquête-Ausschuß: Das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege. Berlin 1930.

H. L. Fensch: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsergebnisse seit der Neugestaltung der Währung .. 1924/5—1930/1. Deutscher Landwirtschaftsrat. Veröffentlichungen, Heft 29. Berlin 1932.

Frh. v. Gayl: Die Siedlung in Deutschland. DAP II, 392—405.

T. E. Gregory: Rationalisation and Aechnological Unemployment. EcJ 1930, 551—67.

Fr. A. Hayek: Geldtheorie und Konjunkturtheorie. Wien/Leipzig 1929.

Fr. A. Hayek: Preise und Produktion. Wien 1931.

Ed. Heimann: Soziale Theorie des Kapitalismus. Tübingen 1929.

Ed. Heimann: Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung. Potsdam 1932.

I. Jastrow: Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft. Aufsätze und Abhandlungen. Band I. Berlin 1902.

J. M. Keynes: Vom Gelde (A Treatise on Money). Deutsch von C. Krämer. München und Leipzig 1932.

E. Lang: Bedeutung und Organisation der ländlichen Siedlung in Deutschland. DLW, 692—719.

E. Lang: Produktivität und Rentabilität in der ländlichen Siedlung. BüL 1933, 579—94.

Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Berlin 1922.

Fr. Machlup: Börsenkredit, Industriekredit und Kapitalbildung. Wien 1931.

L. Mises: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. 2. Aufl. München und Leipzig 1924.

Fr. Reinhardt: Die Arbeitsschlacht der Reichsregierung. Berlin 1933.

H. Ritschl: Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung. Bonn und Leipzig 1926.

W. Röpke: Krise und Konjunktur. Leipzig 1932.

M. Saitzew: Eine lange Welle der Arbeitslosigkeit. SVSp Band 185 I, 1—96. München und Leipzig 1932.

Sering, Seraphim, Lang, v. Dietze: Die veränderten wirtschaftlichen Grundlagen der ländlichen Siedlung. Gutachten. AiK 1931, 195—203.

M. Sering: Rede in Dresden. SVSp Band 187, 51—61.

M. Sering: Rede in Oeynhausen. Oeynhausen II, 127—42.

R. Stadermann: Die Urbarmachung von Ödländereien und ihre Rentabilität. DAP II, 375—91.

Fr. Sternberg: Der Imperialismus. Berlin 1926.

Warnack: Ländliche Siedlung und Bevölkerungsverdichtung. AiK 1933, 477—92.

H. Wollenweber: Ländliche Siedlung und Bevölkerung. Sonderheft 44 der BüL. Berlin 1931.

G. Baron Wrangel: Die Siedlung als Kaufkraft- und Produktionsporblem. DAZ 10. 8. 32 Nr. 372. Mit Anmerkungen von Dr. Stolt in AiK 1932, 381—86.

Frida Wunderlich: Produktivität. Jena 1927.